

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5347

Nummer 45

Berlin, den 10. November 1928

3. Jahrgang



Deutsche Republik!

Mir fürchten die Gestrigen nicht, die dich spotten,
Und deiner Leib schänden in Falschheit und Verrat.

Armselige sie, die noch hungern nach dem kläglichen Mal der Vergangenheit,
Und nicht sehen wollen den Aufmarsch des heute!

Wo doch ein Volk, fast verbrannt in den Feuern des Todes, aufstand

Und wieder den Arm hob gegen die Sonne.
Millionen Stimmen schreiten zuhauf, ein Wind schwörender Rufe,

Mutigen Sinnes, gesammelt, eine unendliche Schar mit gepanzertem Herz in den Fahnen:
Dir zugetan, o Hort und Heimat, deutsche Republik!

Wir alle lieben das Fundament, grundgelegt von den Vätern,

Und heilig sei uns das Tun,
Herzurichten die ewige Wohnung.

So stehen wir, Werkleute des Volkes,
Hingewandt dem aufdämmernden Himmel,
Fahnen umwogt, umrauscht von den Trommeln der Freude.

Walter G. Oschilewski.

Der neunte November.

In diesem Tage laßt uns die Macht der Klasse erleben.
Ansporn soll uns der Tag sein!

Für weiteren Kampf! Er ist noch lange nicht zu Ende
gelämpft, wir stehen erst am Anfang.

Jedem muß bewußt werden, wie stark die proletarische Klasse ist und welche Macht sie heute schon in der bürgerlichen Klassengesellschaft hat. Mag es auch wenig sein im Hinblick auf das ferne Endziel, es ist aber schon viel im Hinblick auf die starken Bastionen der bürgerlichen Gesellschaft, die zäh, rücksichtslos jede ihrer kleinsten Positionen verteidigt und dem Proletariat lieber jedes Recht nimmt als ihm solches gibt.

Einst betrachtet, geschlagen, gepeitscht, in zehn- und zwölftündiger Fronarbeit, ausgebeutet, kein Recht, keinen Schutz, mehr Vieh wie Mensch, so wuchs das Proletariat im Laufe von nur fünf Jahrzehnten zu einer Macht heran, die heute schon gebietet und noch mehr gebieten wird, wenn die Millionen, die uns noch fern sind, zu uns kommen!

Sie kommen zu uns. Wenn nicht heute, nicht morgen, so aber übermorgen, wenn der Kapitalismus noch machtvoller wird, neue Formen sucht, um zu existieren, und so seine Macht unterminiert durch Schaffung eines immer größer werdenden Proletariats. Heute noch gibt es Proletarier, die jenseits der Grenzen proletarischer Klassenfront sind, morgen aber ziehen sie mit uns. Dann beginnt der Turm der kapitalistischen Gesellschaft zu stürzen und zu brechen.

Was fehlt diesen Proletariern, die noch nicht so Klassenbewußt sind, um sofort mit uns zu kämpfen? Das Bewußtsein der Klassenstärke.

Gibt es einen besseren Tag, um diese Klassenstärke nicht nur dem Gegner zu zeigen, sondern noch mehr dem Proletarier, der uns fern steht, als der neunte November, der Beginn der proletarischen Revolution? Dieser Tag darf nicht einfach gefeiert werden wie ein Schubert-Fest, sondern muß erlebt werden als proletarischer Kampftag.

Das ist nicht so zu verstehen, daß nun die Arbeiter, die Proletarier mit Maschinengewehren die Fabriken erstürmen, Rathhäuser besetzen, Bürgerliche als Geiseln fangen, die Diktatur errichten und sich Sowjetrußland anschließen. Weder Putzche noch Kleinkrieg, wenn sie nicht notwendig sind und aus der Kampfsituation erwachsen. Gefährtester Kampf ist leicht niederzuschlagen. Kommunistische Putzche beweisen diese einfache Kampferkenntnis. Erst, wenn die Kampfsituationen reif sind, um anzugreifen oder abzuwehren, gilt es rücksichtslos zu kämpfen um des Zieles willen:

Eroberung

der politischen und sozialen Macht!

Wenn aber der neunte November einen Sinn haben soll, dann nicht gutbürgerlich gefeiert mit Chorbesang und Rezitation. Auf die Straße müssen wir, einen mächtigen Demonstrationenzug formieren, alle Arbeiter, Frauen, alles, was sich zur sozialistischen Arbeiterbewegung bekennt, muß heraus und deutlich zum Ausdruck bringen, der neunte November war nur Anfang, das Ende kommt erst, und was dazwischen liegt, ist der Kampf um die politische Macht. Wir sind stark, feht nur unsere Macht und lernt sie fürchten!

Das soll Sinn unserer Revolutionskundgebung sein!

Eine gewaltige Feier.

Massen heraus.

Das Kampfbewußtsein gestärkt. Nicht gesagt, wir haben nichts erreicht, aber auch nicht gesagt, wir werden nichts erreichen, weil wir zu schwach sind! Falsch, wir sind stark und können vieles, alles erreichen, was wir wollen, wenn wir nur wollen.

Diesen Willen zum Vollen müssen wir wecken. Welcher Tag ist da geeigneter, diesen Willen zu stärken, zu wecken, als der Erinnerungstag an den Sieg des Proletariats über das Junkertum, über die Monarchie.

Der neunte November gibt uns Kraft, zu wollen, und die Erkenntnis, daß wir stark genug sind, um das Gewollte zu erreichen.

Gewolltes, das jetzt erreichbar ist!

Dafür laßt den neunten November proletarischer Kampftag sein!

Wirtschaftlicher und politischer Großkampf am Rhein und an der Ruhr.

Die rheinisch-westfälischen Eisenindustriellen entließen 225 000 Metallarbeiter am 1. Oktober und 1. November auf Anweisung des Arbeitgeberverbandes und sperren sie trotz eines verbindlich erklärten Schiedsspruches an.

Ein Dienenkampf ist damit zur Tatsache geworden, wie wir einen bisher in Deutschland noch nicht hatten.

Wie das kam? — Die Arbeiter verlangten durch ihre Gewerkschaften eine Lohnerrhöhung. Die Lohnsätze wurden größtenteils gekündigt und die Verhandlungen eingeleitet, dabei erlitten die Unternehmer wie stets, sie könnten eine Lohnerrhöhung nicht tragen. Ein vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteter Schlichter trat eine Entscheidung, worin eine kleine Lohnerrhöhung vorgegeben war. Für den Schiedspruch wurde die Verbindlichkeit beantragt und vom Reichsarbeitsminister ausgeschrieben. Soweit ging die Sache ihren ordentlichen Gang. Aber bereits während der Verbindlichkeitsverhandlungen trat eine Wendung ein: die Eisenindustriellen, die jeden Arbeiter wegen der geringsten Meinungsäußerungen und die Staatsautorität bekräftigen, weil sie angeblich den bestehenden Gesetzen nicht strengste Achtung verschaffen, kümmerten sich nicht um Vorschriften, die belegen, daß sich die Tarifparteien einer ausgesprochenen Verbindlichkeitsklärung zu fügen haben. Sie warfen ihre Beleidigungen auf die Straße.

Die aussperrenden Unternehmer weisen somit auf gesetzliche Verstöße hin. Sie erkennen sie einfach nicht an. Wer will ihnen etwas? Der Staat mit seinem sozialdemokratischen Arbeitsminister? Die Regierung? Was brauchen wir diese Stellen beachten, sagen sich die Gütenbesitzer, wir werden den Deutschen zeigen, daß wir die Herren sind, die Herren über Deutschlands Geschick. Unsere 800 Ruhrmilionen haben wir mit unseren auch diesmal verbündeten Jagdbesitzern weg, da kann uns die Regierung sonst was!

Die weiterverarbeitenden Industriellen können froh sein, daß wir mit der Arbeiterschaft einen Entscheidungskampf führen, die Bergwerksunternehmer auch und wenn die Geschäftleute, Kommunen und die übrige Bevölkerung wieder einmal hören, daß wir die Gebieter des Wirtschaftslebens sind, und die Gurgel des Staates nach Belieben zubrechen, dann lernen sie daraus, wie mächtig wir Arbeitgeber sind.

Das Verhalten der aussperrenden und die Betriebe stilllegenden Unternehmer richtet sich in erster Linie gegen den Staat und erst in zweiter Linie gegen die Arbeiter, die Kommunen und die übrige Geschäftswelt.

Dieser Gewaltakt soll auch den Zweck haben, das bestehende Tarifrecht zu brechen und die Anwendung der Schlichtungsstellen bei Lohnkämpfen beiderseits einzuschränken.

In einer derartigen Lage, wo einzelne Privatbesitzer an Produktionsmitteln über die Wirtschaft zu offen gegen Gesetz und Recht zu verstoßen und aufzutreten, darf der angesehene Staat nicht lange zögern, bedenkend, vermitteln und verhandeln, sondern er muß rücksichtslos durchgreifen, den Schlichtungs- sowie Stilllegungsbestimmungen gerecht werden und die so handelnden Unternehmer zur Verantwortung ziehen. In diesem Fall steht natürlich das rheinisch-westfälische Unternehmertum im Staat den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wiffell.

Gerade daraus und aus der ganzen Haltung der Arbeitgeber und ihrer Helfer geht hervor, daß es sich nicht um formale Verstöße gegen den arbeitsrechtlichen Meinungs der Unternehmer nach dem Schiedsspruch handelt, sondern um wirtschaftliche Machtfragen zwischen Unternehmertum, Staat und Arbeiterschaft.

Bei einer Betrachtung der Dinge drängen sich einem Verstehe auf, was würde der Staat tun, wenn die Arbeiter der gesamten Industrie die Gesetzverlester wären. Der Staat würde einmal alle verfügbaren Mittel gegen die Arbeiter anwenden, sie zur Befolgung der bestehenden Vorschriften zwingen und schließliche würde er den Unternehmern polizeilichen Schutz zur Aufrechterhaltung der Betriebe gewähren. Könnte er da nicht im umgekehrten Fall auch die Aufrechterhaltung und Zuganghaltung der Betriebe gewährleisten, um seine Autorität zu wahren?

Da die Textilindustriellen in Sachsen die Tarife für 400 000 Beschäftigte gekündigt haben und erhebliche Tarifverschlechterungen planen, können dort die gleichen Gesetze entstehen, die Staatsautorität zu misachten. Nach diesem bösen Beispiel der Hüttenbesitzer kann ihnen das doch nicht übel genommen werden. In dieser Situation muß schon ein Signal vorgegeben werden, damit der so mit der Wirtschaft spielenden Unternehmern die Lust zu so unheimlichem Vorgehen unter fadenförmigen Vorwänden vergeht.

Die Gewerkschaften lassen sich durch das schlechte Beispiel der Güttengewaltigen nicht verlocken, in die gleichen Zustände zu treten. Sie haben ein Interesse an der Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen auch in schwierigsten Situationen. Anarchismus liegt ihnen nicht. Aber sie verlangen vom Staat, daß er nicht zweierlei Recht zuläßt und daß er durchgreift. Sie verstehen gegen die Handlungsweise der verwerflichen Wirtschaftschlichter und Tarifbrecher in scharfer Weise. Die rheinisch-westfälischen Eisenindustriellen haben allen wirtschaftlichen und politischen Erfahrungen in elementarsten Vorbild gesetzwidriger Taten. Das muß in aller Deutlichkeit festgestellt werden. Ihr Vorgehen ist der scharfe Anreiz für alle Ungehorsamen und Abenteurer, die der deutschen Republik Schwierigkeiten bereiten wollen. Das diese gröszenwahnsinnigen Maßnahmen zur Verwirklichung ihres wackelnden Planes ausreichen, die der Wirtschaft keinen Nutzen bringen, ist nicht etwa eine Mahnung, ihre Scheinheitsargumente zu beachten, sondern ein Hinweis, daß es den deutschen Unternehmern zu gut geht, daß sie übermäßig Mittel zu raschen Handeln haben und daß sie mehr als störrisch sind, weil sie eine Lohnerrhöhung verhindern wollen, die gar nicht zu verhindern ist. Die Wirtschaftsberecher werden gar in den Augen der Bevölkerung derartigem Vorgehen, wo Deutschland in die Verantwortung der Reparationszahl die ersten diplomatischen Schritte unternimmt. In das nicht mehr als Überlebend! Hier es kennzeichnet die Bedeutung eines verhängnisvollen Welle. Ihre neue Zeit ist ihrer würdig. Ihre bösen Absichten werden aber nicht in Erfüllung gehen.

Der Kampf in der Eisenindustrie ist nach diesen Vorzeichen kein gewöhnlicher Arbeiterkampf mehr, er hat einen politischen Charakter. Er ist nicht mehr eine rechtliche Angelegenheit, die Arbeiter und Arbeitgeber angeht, sondern er geht zu einer wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzung von größter Bedeutung über. Die weiterverarbeitenden Unternehmer sind die willigen Schatzkammer in Deutschland und wollen mit ihren Maßnahmen den Lohnforderungen der Arbeiterschaft in ganz Deutschland einen Vorbild geben. Diese Unternehmerrunde übernimmt deshalb die Verantwortung, weil sie auf die so verhängnisvolle Entscheidung zugeworfen werden, wenn sie verweigert über die stärksten Mittel zum Durchbruch zu gehen.

Die so leichtfertig begründete Aktion der rheinisch-westfälischen Unternehmerrunde richtet sich aber nicht nur gegen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft, sondern auch gegen den politischen Einfluss der Arbeiter im Reich und

in den Ländern. Das mit dem Vorgehen der bittärlüftern Unternehmer verbundene bewußte Auftreten gegen den Staat ist der beste Beweis. Den sozialdemokratischen Vertrauensleuten in den Staatstellen, vor allem den Ministern, sollen damit Schwierigkeiten bereitet werden. Sozialdemokratische Minister sind von den wirtschaftlichen und politischen Reaktionen nicht gerne gesehen, da sie den Staatsapparat nach der anderen Seite beeinflussen, deshalb geht der Kampf mit in allererster Linie gegen die Vertrauensleute der Arbeiterschaft in der Regierung.

Die rücksichtslos handelnden Unternehmer am Rhein und an der Ruhr, die jahrzehntlang in Deutschland ihren Einfluß auf das Reich und das Band Frankreich stark geltend machten, die gebietend indirekt mitregierten, wissen zu schätzen, was Staatstellen im Kampf ums Dasein bedeuten, die Arbeiterschaft weiß diese Positionen noch nicht so zu schätzen. Weil es eben um mehr geht, als um ein paar Pfennige Lohn, deshalb muß die gesamte Arbeiterschaft hinter ihren Vertrauensleuten stehen, diesen den Rücken stärken und verlangen, daß auch die Unternehmer Recht und Gesetz genau so zu beachten haben wie die Arbeiter.

Wenn noch eine Lehre aus dem Kampf zu ziehen ist, so ist es die: Die Unorganisierten in allen Industrie- und Gewerbebetrieben müssen begreifen lernen, daß die Wirtschaftskämpfe immer umfangreicher werden, und daß die besten Gegenwehr der Organisationsfähig ist. Bei sich so zuspitzenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeitskraft haben alle Arbeiter die Pflicht, sich organisatorisch so stark zu machen, daß sie mit ihren Gewerkschaften allen Anstürmen der Gegner zu trauen vermögen. C. R.

Zum Kampf heraus, Prolet!

Auf deinen harten, arbeitsamen Gänden Trägst du, Prolet, das Schicksal dieser Welt. Die Unterdrückung und die Not wird enden, Dein eigenes Schicksal, wenn du willst, sich wenden, Und Recht wird herrschen, nicht das schände Geld.

Dram schließe dich, Prolet, im Kampf zusammen. Millionen warten schon und steh'n bereit. Heran zu uns, auch dich will man verdammen, O, siehst du's nicht? Schon steht die Welt in Flammen, Man heißt die Lösung Kampf und Einigkeit!

Nicht tänzte halten und dann abseits gehen, Zum Kampf heraus und aufgewacht, Prolet. Ein andrer Wind muß nun die Welt durchwehen, Der Geist der Freiheit soll nun anerkennen; Es ruft die Pflicht: Zum Kampf heraus, Prolet!

Wilk. Vogt, Stadthagen.

Zehn Jahre Reichsarbeitsministerium.

1918 bis 1923.

L. P. Kein Ministerium ist in den letzten Jahren so umkämpft worden, wie gerade das Reichsarbeitsministerium. Das ist auch kein Wunder! In dem großen, eigentlichen Kampfe zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum um die soziale Macht im Staate, steht das Reichsarbeitsministerium mitten zwischen den ringenden Parteien. Und so wird auch das Reichsarbeitsministerium in diesen Kampf hineingezogen. Es muß zu allen sozialpolitischen Gegenwartsfragen positive Stellung nehmen. Die Gegenstände müssen von ihm vorbereitet werden. Und oft besteht seine Tätigkeit nicht nur darin, als Mittler und Schlichter zu wirken, sondern auch selbst als Partei in dem Ringen zwischen Kapital und Arbeit aufzutreten und den Kampf, nach der einen oder anderen Seite hin, zur Entscheidung zu bringen. So ist es zu erklären, daß die Stellung, die die Parteien zum Reichsarbeitsministerium einnehmen, manchmal sehr unfreundlich ist.

Am 4. Oktober d. J. sind zehn Jahre seit dem Bestehen des Reichsarbeitsministeriums vergangen. So wird es sicherlich nicht uninteressant sein, wenn wir dieser so wichtigen sozialen Vorstufe eine historische Betrachtung widmen, einiges aus dem Lebenslauf des Reichsarbeitsministeriums, seiner Geburt und seiner Entwicklung erzählen.

Die Anfänge der Bestrebungen zur Errichtung eines besonderen Reichsarbeitsamtes liegen bereits 50 Jahre zurück. Männer der Wissenschaft, führende Sozialpolitiker und vor allem die Sozialdemokratische Partei haben sich eifrig in den Dienst dieser Bestrebungen gestellt. Die Forderung auf Errichtung eines besonderen Reichsarbeitsamtes konnte man um so berechtigter erheben, da man sich auf die guten Erfahrungen der bereits bestehenden Arbeitsämter in England, Nordamerika, Österreich, Frankreich und Belgien berufen konnte. Die erste Auswirkung der Propaganda auf Schaffung eines Reichsarbeitsamtes ist in der Einsetzung der Kommission für Arbeiterstatistik im Jahre 1892 zu erblicken. Die dieser Kommission zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse waren allerdings sehr beschränkter Natur. In einem praktischen Erfolg konnten die Arbeiten dieser Kommission für Arbeiterstatistik nicht führen. Man forderte daher die Ablösung dieser Kommission durch die Errichtung eines ständigen Reichsarbeitsamtes. Im Reichstag wurde dann auch wegen der Errichtung eines Reichsarbeitsamtes verhandelt. Die Anträge, die hierzu gestellt worden waren, sind aber unerledigt geblieben. So auch der Antrag Abrecht in Senftenberg, der die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, mit Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern forderte.

Die Anregungen auf Errichtung eines Reichsarbeitsamtes sind aber nicht abgebrochen. Ein Erfolg war ihnen aber nie beschieden.

Das Jahr 1917 brachte endlich den Wendepunkt. Wieder einmal war die Frage der Errichtung eines Reichsarbeitsamtes in parlamentarischer Erörterung gekommen. Und zwar wurde diese Erörterung im Zusammenhang mit der Frage der Teilung des Reichsamtes des Inneren (heute Innenministerium genannt) geführt. In der Debatte wurde zum Ausdruck gebracht, daß durch die Eingliederung eines zweiten Untersekretärs im Reichsamt des Inneren die Frage der Organisation dieses Amtes nicht abgeschlossen sei. Das Reichsamt des Inneren müsse geteilt werden. Die gegebene organisatorische Gliederung sei die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes und eines Reichshandelsamtes, die die Sozial- und Wirtschaftsfragen zusammenfassend zu behandeln haben. Einige Monate später erhielt dann das Reichsamt des Inneren eine zweiteilige. Dem Reichsamt des Inneren verblieben die Angelegenheiten der inneren Politik des Reiches. Die Angelegenheiten der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik wurden dem Reichswirtschaftsamt, das zu diesem Zwecke neu geschaffen worden war, übertragen. In einem besonderen Reichsarbeitsamt war es auch diesmal nicht gekommen. Die Erwägungen, aus denen heraus die sozialpolitischen Aufgaben dem Reichswirtschaftsamt übertragen worden sind, wurden in der Denkschrift über die Entwicklung des Reichsamtes des Inneren wie folgt begründet:

Gerade im Interesse der Arbeiterfürsorge und eines energischen und zielbewußten Vorgehens auf sozialpolitischem Gebiet liegt es, daß die gesetzgeberische Arbeit von derselben

Leitung ausgeht und getragen wird, die die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik des Reiches trägt. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik müssen die Stellen derselben Wagnisausfüllen, wenn der Wirtschaftskörper des Reiches im Gleichgewicht bleiben soll.

Schließlich wurden durch kaiserlichen Erlass vom 4. Oktober 1918 aus dem Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsamtes die Aufgaben, die sich auf die Sozialpolitik beziehen, herausgenommen und einem Reichsarbeitsamt, nach dem jahrzehntlang verlangt worden ist, übertragen. Damit war nun das Reichsarbeitsamt Wirklichkeit geworden. Das Reichsarbeitsamt hatte nun sämtliche Fragen der Sozialpolitik zu bearbeiten. Im einzelnen hatte es sich mit den Verhältnissen des Arbeitsschutzes, der Sonntagsruhe, der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen, der Kinderarbeit zu beschäftigen. Ebenfalls hatte es die gesamte Sozialversicherung zu bearbeiten.

Im Dezember 1918 wurde das gesamte Wohnungs- und Stieblungswesen dem Reichsarbeitsamt als Arbeitsgebiet übertragen. In den nächsten Jahren kamen noch weitere Arbeitsgebiete hinzu.

Durch Erlass vom 21. März 1919 wurde das Reichsarbeitsamt mit dem Namen Reichsarbeitsministerium belegt. In der Spitze des Reichsarbeitsministeriums steht der Reichsarbeitsminister.

Damit ist in großen Zügen die Entwicklung des Reichsarbeitsministeriums umschrieben. Mit der Errichtung des Reichsarbeitsministeriums ist der Fortschritt der modernen Sozialpolitik Rechnung getragen worden.

Wenn wir nun noch einen summarischen Rückblick auf die zehnjährige Tätigkeitsperiode des Reichsarbeitsamtes bzw. des Reichsarbeitsministeriums werfen, so können wir unser Urteil dahin zusammenfassen, daß im großen und ganzen das Reichsarbeitsministerium für die Entwicklung der deutschen Sozialpolitik gütig gewesen ist. Leider weisen die letzten Jahre seiner Tätigkeit, die unter der Herrschaft des Bürgerbloss fällt, viele Schatten auf. Wenn trotz Bürgerbloss das Reichsarbeitsministerium eine noch leidliche Politik getrieben hat, so ist das nicht sein Verdienst, sondern das Verdienst der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, die auf Grund ihrer Macht und ihrer Stärke das Schlimmste verhüten konnten.

Was fordert die Arbeiterschaft von einem Reichsarbeitsministerium? Es fordert von einem Sozialministerium, daß es die Interessen des schaffenden Volkes wahrnimmt. Seine Politik darf nur der arbeitenden Bevölkerung dienen. Das Sozialministerium muß immer die Wohlfahrt derjenigen Klasse im Auge haben, die entäußert vom Bestium, durch ihrer Hände Arbeit das Leben irrtet. Seine vornehmste Aufgabe müßte es sein, mitzuwirken, die Armut, die Ausbeutung, die Lebensunsicherheit aus der Welt zu schaffen, um so den Boden mit vorzubereiten, der allen Menschen ein menschenwürdiges Kulturboden ermöglicht.

Erfüllt ein Reichsarbeitsministerium diese Forderungen, dann gehört ihm unser Vertrauen. Und so hoffen wir, daß das Reichsarbeitsministerium, das nun nach den Wahlen die Tätigkeit aufgenommen hat und unter der Leitung eines unserer Genossen, dem Gewerkschafter und Sozialdemokraten Rudolf Wiffell, steht, jene Charakterzüge trägt, dem Wohl der deutschen Arbeiterschaft und damit dem Wohl und dem Aufstieg des deutschen Volkes dient.

Der erste Reichsarbeitsminister von 1918 bis 1919 war Gustav Bauer, der zweite Alexander Schickel von 1919 bis 1920, dann kam Heinrich Brauns von 1920 bis 1923, und gegenwärtig steht Rudolf Wiffell an der Spitze.

Wirtschaftslage Anfang November.

Die Wirtschaftslage konnte sich im Monat Oktober auf dem gleichen Stande behaupten. Die rückläufige Bewegung der Konjunktur trat weniger deutlich in Erscheinung. Bei einer Gesamtübersicht ist es in die Augen fallend, daß die Produktivität in den Industrien vom Geschäftsgang stärker betroffen wurden als die Verbrauchsgüter-Industrien. Bezüglich des Geldmarktes ist über eine weitere Flüssigkeit zu berichten, jedoch ist die Entspannung nicht so stark, wie man es allgemein bei einem solchen Konjunkturstand erwartet. Nebenfalls konnten Ansammlungen auf der Geldseite als Folge der nachlassenden Konjunktur noch nicht in Erscheinung treten. Die freiverwendenden Mittel wurden einerseits von der Landwirtschaft und andererseits von den Vorbereitungen für das Weihnachtsfest in Anspruch genommen. Die Preisbildung hat die rückgängige Konjunktur noch nicht zu erhöhtem vermindert. Daran wird deutlich erkennbar, daß die Preisgestaltung zu einem erheblichen Teil dem freien Spiel der Kräfte entzogen ist. Ueber der deutschen Wirtschaft liegt eine gewisse Unruhe, die einerseits durch die internationalen Auseinandersetzungen über die Reparationsfrage und andererseits durch die harten sozialen Kämpfe verursacht ist. Insbesondere ist es kennzeichnend, daß sie nach wie vor von konjunkturalen Konjunkturvoraussagen verschont bleibt. Unsere Uebersicht über den Stand der einzelnen Industrien lassen wir folgen.

Der Beschäftigungsgrad und der Inlandsabsatz im Kohlenbergbau werden behauptet. In der Eisen- und Stahlindustrie ist der Beschäftigungsgrad weiter zurückgegangen, der Absatz ist weiter nachlassend. Die Metallindustrie ist ziemlich unverändert mit etwa 75 v. H. der Kapazität beschäftigt, jedoch wird in den einzelnen Zweigen sehr verschieden gearbeitet. Der Absatz hat sich etwas verbessert, vereinzelt ist er saisonmäßig befeuert. Der Beschäftigungsgrad der Metallwarenindustrie ist uneinheitlich, wird aber im ganzen ziemlich behauptet. Der Absatz hat sich a. T. etwas verbessert. Die Automobildindustrie ist im allgemeinen betrieblösig. Der Absatz ist meist noch betrieblösig. Einen sehr guten Beschäftigungsgrad und dementsprechenden Absatz hat die Elektroindustrie zu verzeichnen. Das Flugwesen ist der Tageszeit entsprechend weiter rückgängig beschäftigt. In der Zementindustrie ist der Beschäftigungsgrad gut, der Absatz nachlassend. Die Blechleien sind im allgemeinen ausreichend beschäftigt. Der Absatz hat nachgelassen. Nicht zufriedenstellend ist die Holzindustrie beschäftigt. Der Absatz ist ebenfalls nur a. T. befriedigend. Die Papierfabriken sind fast durchweg voll beschäftigt. Der Absatz ist ebenfalls befriedigend. Die Gesamtbeschäftigung der Textilindustrie hat sich leicht verbessert. Sie ist in den einzelnen Zweigen aber nicht einheitlich. Die Seidenindustrie ist verhältnismäßig befriedigend beschäftigt. Der Absatz hat eine Besserung erfahren. Die Kunstseidenindustrie hat einen guten Beschäftigungsgrad und befriedigenden Inlandsabsatz. Der Beschäftigungsgrad in der Konfektion hat sich a. T. wesentlich verbessert. Der Absatz ist befeuert. Die Leinwandfabriken sind meist voll beschäftigt. Der Absatz ist befriedigend. Lederindustrie: Beschäftigungsgrad befriedigend. Absatz a. T. lebhafter. Die Schuhindustrie muß trotz weiterer Besserung noch beträchtlich eingeschränkt arbeiten. Der Absatz hat sich verbessert. Einen guten Beschäftigungsgrad hat die Chemische Industrie zu verzeichnen. Der Beschäftigungsgrad und der Absatz der Galvanindustrie sind gut. Die Spielwarenindustrie hat sich jahresweilig erhöht. Die Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken haben einen befriedigenden Beschäftigungsgrad. Der Absatz ist infolge Einsetzens des Weihnachtsgeschäfts befeuert. Die Brauereien sind weiter gut beschäftigt.

brud, der noch verschärft wurde durch die dortigen Wohnungs-
verhältnisse.

Hedrigens haben sich auch die tischehischen Unternehmer nicht
entziehen lassen, ihrer Arbeiterschaft gegenüber mit der deutschen
Konturen zu operieren. Sie behaupten, diese sei ihnen außer-
ordentlich erschwert durch die bessere Organisation der Porzellan-
industriellen in Deutschland. Sowohl zur Vertretung ihrer
Arbeitsgeberinteressen, als auch ihrer wirtschaftlichen Interessen
hätten die Deutschen starke, leistungsfähige Organisationen.
Was abgesehen davon seien die deutschen Betriebe durch ihre
Größe und Finanzkraft ganz anders in der Lage, sich die Vor-
teile der modernen Wirtschaftsführung, Rationalisierung, Nor-
mierung und Typisierung zu Nube zu machen. Da könnten sie
mit ihrer nach beiden Richtungen mangelhaften Organisation
nicht mithalten. Die Arbeiterschaft beider Länder wird wissen, was
sie von diesen Behauptungen zu halten hat.

Was uns deutsche Porzellanarbeiter am vorliegenden, neu
abgeschlossenen Vertrag sympathisch berührt, ist vor allem der
Umstand, daß es das erste Mal möglich war, über die Er-
höhung der Mindestlohnhöhe hinaus Effektivzuschläge durchzu-
setzen. Diese Tatsache in Verbindung mit der anderen, daß man
schonbar abkommt vom System der Wirtschaftsb-
beihilfen, wird mehr als anderes dazu beitragen, daß eine
allmähliche Angleichung der in den beiden benachbarten Ländern
gehabten Löhne mit der Zeit erreicht wird.

Die Ertragskassen in der Lohnfrage sind schon in der
vorigen Nummer dieser Zeitung gewürdigt worden, so daß wir
uns heute eine Wiederholung sparen können.

Aus den Mantelbestimmungen ist rühmend zu erwähnen,
daß man es in der dortigen Porzellanindustrie nicht für an-
gebräuchlich hält, eine Anzahl von Altersstufen im Vertrag zu
verleihen. Weiter erkannte man auch die Arbeit des
Sacharbeiters in höherem Maße als in unserem
Verträge an. Diese werden nicht unter fremdbürgerlichen
Sacharbeitern, sondern mit wenigen Ausnahmen, über diesen
rangiert. Auch die Ueberstundenbestimmungen sind
den unseren gegenüber vorteilhafter gefaßt. Es müssen
nach 48 Stunden in jedem Fall 25 Proz. gezahlt werden. Wir
werden dies gebührend zur Kenntnis nehmen für unsere zu er-
wartenden Verhandlungen.

Zusammenfassend kann die Feststellung getroffen werden,
daß der neu abgeschlossene Vertrag einen energischen Schritt
nach vorwärts für die tischehowskischen Kollegen bedeutet und
auch seine Rückwirkung bei uns haben wird.

Für die tischehowskische gilt bis zu einem gewissen Grade
das Gleiche wie für uns. Nach besser würde der Abschluß die
Interessen der Kontrahenten auf Arbeitnehmerseite wahrnehmen,
wenn diese, haben wie diesen, zahlreicher als bisher den Wert
der Organisation begreifen wollten.

Tarifforderungen sind und bleiben Machtfragen!
und die Lösung zugunsten der Arbeiterschaft kann nur durch
diese selbst herbeigeführt werden.

Kollegen und Kolleginnen, zieht hieraus den notwendigen
Schluß und findet euch restlos zusammen im Peramischen
Wagnis! Holt auch die noch Fernstehenden heran! Bald werden
die gleichen Fragen auch uns wieder beschäftigen. Ruht die noch
bleibende Zeit, es ist in eurem eigenen Interesse!

Lohnregelung

der feinkeramischen Industrie.

Im Lohnabkommen für die deutsche feinkeramische Indu-
strie, das am 1. April 1928 in Kraft trat, ist unter Absatz 4
eine Regelung enthalten, die jetzt zur Nachprüfung
kommt. Wir lassen den Absatz 4 nachstehend folgen:

4. Bei den Betrieben, die auf Grund der bisherigen
tariflichen Bestimmungen einen Abzug von den Effektivver-
diensten der Arbeiterinnen vorgenommen haben, vermindert
sich dieser Abzug um 3 Prozent.

Am Oktober 1928 soll eine Nachprüfung darüber statt-
finden, ob für die Betriebe, die nach einem Frauenlohnabzug
vorgehen, die Verbleibende dieses Abzugs noch gerechtfertigt
ist. Falls bei dieser Nachprüfung eine Notlage des einzelnen
Betriebes vorliegt, entfällt der Frauenlohnabzug mit
Wirkung ab 1. November 1928 völlig. Die Nachprüfung hat
durch die beiderseitigen Gesamtleitungen der Vertragsparteien
zu erfolgen. Im Streitfalle entscheidet das Schiedsamt
endgültig.

Es sind recht wenige Betriebe, die von diesem Vorzug Ge-
brauch gemacht haben.

Für die Betriebe, die noch Gebrauch davon machen, kommt
zur Nachprüfung nach oben angeführten Grundsätzen zur
Anwendung.

Es ist Zeit, daß dieser Frauenlohnabzug verschwindet, er
ist nicht mehr gerechtfertigt. Unsere Kolleginnen müssen die
vollen Lohnhöhe der Frauen von den Betriebsleitungen fordern.
Dort, wo die Betriebsleitungen sich weigern, muß der Gau-
leitung oder der Zentralbrandleitung Nachricht gegeben
werden, damit diese die dann notwendigen Schritte unternehmen.

Arzberg.

Nachdem nunmehr der schon seit langer Zeit in Angriff ge-
nommene Ausbau der Maschinenfabrik in der Kahla AG vollendet
wird, soll eine weitere Transportanlage, die 4 Wagen mit dem
Zweck zur Beförderung eingeplant werden. Dieser ist ein solcher
Transport für die Verbindung eines Baues mit 7 Wagen mit
dem Lager schon gebaut. In diesem Betrieb führt der Dipl.-
Ingenieur P. D. W. von dem schon einmal in einem Artikel
die Rede war, weiter seine Messungen mit der Stoppuhr durch,
gegenwärtig hat er auch in der Federer seine Feststellungen zu
machen, wo er die Inneanrichtungen, Regale, Fächer usw.
jetzt zum dritten Male umbauen ließ. Die Wagen in den
Anlagen und Einbauten geben immer Anlaß zu An-
forderungen. Anforderungen von Gullanlagen bei Weigerung
von Ueberstunden hört man oft nicht nur von den Betr.-
Abteilungsleitern, sondern auch Direktor Schrampp will noch
Wegfertigung zur vermehrten Produktion beitragen. Da der
kein Arbeitszeiten beim Ausnehmen der heißen Leisten geben,
insbesondere am Nachmittag, wo keine Pause eingelegt ist, darf
nicht weniger erwünscht werden, da vielleicht ein- bis zweifache
oder einen Schluß hier zu sich nimmt. An arbeitslosen Tagen
es nicht zu fehlen, es tritt das auch nicht zu, was verlängert
denen Hand zu legen war, daß der Betrieb kurz arbeiten läßt.
Wenn Entzweiung gemeldet wurde, so war es in Betrieb für
den Arbeiter, die jetzt ebenfalls wieder durch Zusammenarbeit abge-
löst wurde.

Des Weiteren wurde auch der Betriebsvertretung ein Vor-
schlag unterbreitet, eine andere Arbeitszeit einzuführen (englisch)
für die bereits keine Sympathie bei der Arbeiterschaft
vorhanden sein. Hier und da wird versucht, in der
Materie von der Selbstverwaltung nach gut anzupassenden Artisten
Abhilfe zu machen, obwohl schon in der Hauptsache niedrige
Arbeitszeiten an der Tagesordnung sind.

In Betrieb Schumann ist der Beschäftigungsgrad noch
zu nennen, in der Maschinenfabrik wird jedoch nur
Stunden gearbeitet, es kommen hier nur wenig Beschäftigte in
Frage.

Von einem Beleg der Diakone hier ist man zur Zeit
beraubt, A. B. soll Direktor Pfeilmeier in den Betrieb
gekommen kommen mit diesem war er auf der Hochschule in

Bunzlau, auch seine Frau war früher bei Schumann in der
Abteilung „Feinton“ beschäftigt. Weiter soll dann vom Betrieb
Schumann der Prokurist in Schirnding als Direktor Ver-
wendung finden. Auch vom Direktor Schrampp hört man, daß
er seine Stellung aufgeben will. Ob an diesen Gerüchten wirk-
lich etwas Wahres dran ist, muß erst abgewartet werden.

Im Betrieb Kahla AG hat man letzthin unter den tech-
nischen Angestellten Versetzungen vorgenommen, so daß beinahe
jeder eine andere Abteilung unter sich hat, um so die neue
„Schlumpige“ Abteilung, nun durch die geeigneteren Herrn
auf einen besseren Stand zu bringen.

Selb.

Vielen alten Selber Porzellanern ist die Wirtschaftseröff-
nung in der Hohenbergstraße (altes Krankenhau) durch einen
Herrn F. vor etwa 25 Jahren noch in guter Erinnerung.
Damals waren die Proletarier gut dazu, ihre paar Groschen
dort umzuwerfen. Das Geschäft war erträglich, ein größerer
Wirtschaftsbetrieb konnte erworben werden. Durch den Welt-
krieg fehlten in der Stadt des Porzellans die erfahrenen Werk-
meister, da regte sich das Können dieses Herrn Bierwirts und
Porzellanbrenners und auch er leitete eine Abteilung der Ge-
staltungsarbeiten und -arbeiterinnen bei der Firma Rosenthal.
Aber die sachmännliche Tätigkeit hielt nicht stille, sondern
stieg empor bis zum Fabrikbesitzer, wogegen wir nichts einzu-
wenden haben (benn freie Bahn dem Lückigen). Doch die
Zeiten ändern sich, der Herr Fabrikbesitzer wurde Betriebs-
leiter und während dieser Tätigkeit konnten wir öfters über
seinen Umgang mit Menschen lesen, bei denen er früher ver-
suchte, den Sozialismus zu predigen. Heute ist der Herr in
einem Betrieb seiner Heimatstadt Selb als Ueberdrehler tätig,
auch da verstimmen die Klagen über seinen Umgang mit Men-
schen nicht. Stammen diese Eigenschaften noch aus der Tätigkeit
von Ueberdrehler? Es wäre doch gut, dieser Herr würde sich
zurückziehen, daß er einmal Marzist sein wollte? und daß
wir ihm Unterstellten auch gleichberechtigte Staatsbürger sind
wie er; und nicht seine Untertanen. Kollegen und Kolleginnen,
wir tun gut, die schmeiglichen Worte dieses Herrn als
des Wolfs im Schafspelz zu bewerten und die richtige Antwort
zu geben, indem wir alle dem Peramischen Bund, Abt.
des Arbeiterverbandes, beitreten.

Neustadt b. Coburg.

Die Firma N. D. Arnold in Neustadt bei Coburg legte
wegen Zahlungsschwierigkeiten ihre Betriebe still und entließ
ihre Belegschaften, etwa 375 Personen. Der Firma gehören
Metallwarenbetriebe und eine Porzellanfabrik. Von dieser heißt
es, daß noch Aufträge in größerem Umfang vorliegen, so daß
in kurzer Zeit der Betrieb wieder aufgenommen werde. Ob das
der Fall sein wird, muß abgewartet werden.

Gute Wohnungsbauaussichten für die Privatindustrie — in Rußland.

Nicht nur in West- und Mitteleuropa herrscht nach dem
Kriege eine ungeheure Wohnungsnot, sondern auch in Ruß-
land, wo man davon ein Lied zu singen. Anerkannt muß
werden, daß man auch in Rußland mit allen Mitteln versucht,
dieser Volksplage Herr zu werden. Sehr schwierig gestaltet
sich in diesem Lande die Bautätigkeit durch die großen Ent-
fernungen der baustoffliefernden Industrien von den größeren
Verbrauchszentren. Durch diese ungeheuren Entfernungen wer-
den die Frachten sehr hoch und die Bauten sehr verteuert. In
diesem Jahre wurden z. B. 1 Million Mauerziegel aus
1500 Km. Entfernung nach Moskau befördert. Diese Frachten
kommen denn auch im Preis zum Ausdruck. Während die Ge-
stehungskosten für 1000 Ziegel ungefähr 32—35 Rubel — sie
aber bezirksweise sehr unterschiedlich — betragen, steigerte sich
der Preis bis zum Verbrauchsort oft auf 200 Rubel.

Außerdem macht sich durch die — im Vergleich zur Pro-
duktionsfähigkeit der baustoffliefernden Industrie — immer-
hin lebhaft auftretende ein steigender Mangel an Baustoffen
bemerkbar. In Moskau sollen nach einer Aufstellung rund
75 Millionen Ziegelsteine fehlen. Die gesamten Fehlmengen
schätzt man auf 400 Millionen. An Zement soll sich die Fehlm-
menge auf 700 000 Tonnellen stellen. Diese Fehlmengen geben natür-
lich der Spekulation Anlaß, sich diese gute Konjunktur zu Nube
zu machen. Es ist dann auch zu verzeichnen, daß es den staat-
lichen Bauämtern an Baumaterial mangelt, der private Handel
jedoch Mittel und Wege findet, durch allerhand Hintertüren
sich Baumaterialien zu verschaffen. Bei dem herrschenden Man-
gel kann der Abnehmer aber nicht viel Anstände machen, er
muß nehmen, was er kriegen kann. Man hat sehr oft festgestellt,
daß bei Ziegelsteinen oft 8 Proz. Bruch und 50 Proz. von jo
geringer Beschaffenheit war, daß man nur gut 40 Proz. mit
Mühe und Not noch zu Bauten verwenden konnte. Die Frage
auf dem Bauhof in Rußland, warum so schlecht gebaut
wird?“, wurde daher von dem Leiter des Bauauschusses dahin-
gehend beantwortet, daß die schlechte Beschaffenheit der Bau-
materialien daran die Schuld habe.

Aus allen diesen Ursachen heraus ist es verständlich, daß
man nach Mitteln sucht, um die Wohnungsnot zu beheben. Daß
man dabei in Rußland Wege beschreitet, die die Anhänger der
sozialwissenschaftlichen Idee in Deutschland mit allen Mitteln be-
kämpfen, sei besonders festgehalten. Nach der Zeitschrift
„Zement“ ist vorläufig folgendes beschlossen worden: Die Bil-
dung von Aktiengesellschaften ohne Teilnahme
des Staates oder genossenschaftlichen Ver-
bände am Kapital der Gesellschaften ist in formaler Hinsicht
zu vereinfachen, sofern sich die Gesellschaften zum Ziele setzen,
Wohnhäuser zu bauen und zu verwerten. Die Gründung
von privaten Bauunternehmen, ohne Beschränkung
der einzustellenden Arbeiterzahl, ist zu gestatten.
Die aufgeführten Unternehmungen werden, was die Steuer-
vergünstigungen anbetrifft, den staatlichen Unter-
nehmungen gleichgestellt. Zur Erleichterung der Geschäfts-
tätigkeit der neu zu gründenden Wohnungsbauunternehmen
wird die Bildung von privaten Baukreditgesell-
schaften gestattet, die sich mit der Finanzierung der Bau-
tätigkeit privater Unternehmungen befassen wollen. Diesen
Kreditgesellschaften werden ebenfalls Steuervergünsti-
gungen gewährt.

Die maximale Gültigkeitsdauer für Baugerechtfame auf
Grundstücken, die zur Errichtung von Mietshäusern zur Ver-
fügung gestellt werden, beläuft sich auf 30 Jahre für Ziegel-
und Eigenbauten und auf 60 Jahre für Holzbauten. Bau-
gerechtfame können in den Fällen, wenn mindestens 30 v. H.
der durch Vertrag vorgegebenen Bauarbeiten durchgeführt sind,
ohne besondere Genehmigung der Behörden, die das Baugrund-
stück zur Verfügung gestellt haben, in allen anderen Fällen mit
ihrer Genehmigung veräußert und verpachtet werden. Von
privaten Personen erbaute Häuser können ganz oder teilweise
verpachtet oder es können davon einzelne Wohnungen, Zimmer,
Bäder und Büroräume zu Bedingungen vermiert werden,
die, ohne jedwede Einschränkung durch irgendwelche Normen
oder Taxen, von der freien Uebereinkunft zwischen
Vermieter und Mieter oder Mieter abhängen. Die Woh-
nung und sonstige Räume können auf beliebige Zeit ver-
pachtet werden. Die Begleichung der Miete kann in regel-
mäßigen Raten oder in der Form einer einmaligen Ab-
zahlung erfolgen. Die Befriedung von Wohn- und sonstigen
Räumen, den hier in Frage kommenden Häusern unterliegt
keinerlei Beschränkungen durch irgendwelche Normen oder
Taxen und kann auch nicht durch Verfügung irgendwelcher
Verwaltungsorgane erfolgen. Die zwangsweise Entfernung der
Mieter aus den ihnen besetzten Wohnräumen darf nur auf
Gesuch des Vermieters erfolgen. Private Erbauer großer Miets-
häuser werden im Laufe von 3 Jahren nach Errichtung dieser
Häuser vollständig während der übrigen Zeit der
Gültigkeit des abgeschlossenen Bauvertrages zur Hälfte von
allen Steuern auf das Einkommen aus dem Be-
trieb solcher Häuser und von der Ertragssteuer der
Grundrente aus den bebauten Landereien befreit. Im Ver-
erbungsfall sind die Baugerechtfamen, die Aktien der
Baugesellschaften und die Anteile der Baukreditgesellschaften von
der Einkommensteuer befreit.

Nach dem Studium dieser Richtlinien ist es verständlich,
daß die deutsche private Bauindustrie erklart. Damit ist in
Rußland eine Begünstigung des privaten Baupitals durchge-
führt worden, wie sie kaum in einem anderen Land, jedenfalls
nicht in Deutschland, besteht. Dießem Urteil der privaten Bau-
industrie haben wir nichts hinzuzufügen. Interessant wird es

nur, wenn man die Stellungnahme der deutschen Kommunisten
mit den Maßnahmen der russischen machtbar vergleicht. Wir
brauchen nur zu erinnern an die Stellungnahme der Berliner
Kommunisten zu dem letzten Wohnungsbauplan der Bau-
verwaltung der Stadt Berlin; weiterhin die geschäftliche Kampfb-
weise — wenn auch ohne Erfolg — zu der vorbildlich durchge-
führten Bauweise und Finanzierung, unter möglicher Niedrig-
haltung der Mieten für die arbeitende Bevölkerung, in Wien.

Um was handelt es sich in Berlin? Der Magistrat Berlin
brachte eine Vorlage, die vorsah, daß neben den für 1928 be-
reits beschlossenen 24 000 Wohnungen aus Hauszinssteuermitteln
weitere 2080 Kleinwohnungen aus städtischen Mitteln durch
städtische Baugesellschaften errichtet werden sollten. — Der
verantwortliche Bearbeiter dieser Vorlage ist Sozialdemokrat. —
Anstatt nun diese günstige Gelegenheit zu unterstützen, und ge-
rade den Verarmten der Armen Wohnungen zu verschaffen,
weiterhin für Arbeitsgelegenheit zu sorgen, lebten die Kom-
munisten Arm in Arm mit den Deutschnationalen und der
Volkspartei diese Vorlage im Haushaltsausschuß der Berliner
Stadtverordnetenversammlung ab. Die Wohnungen sollten be-
stehen aus Stube, Kammer, Küche und Bad. Jeder, der einiger-
maßen über die Berliner Wohnungsverhältnisse, wie auch der
im ganzen Reich, orientiert ist, weiß, daß gerade an diesen
Wohnungen ein Mangel besteht.

Die Volkspartei war gegen die Vorlage, weil sie haben
wollte, daß das Privatkapital die Bauten übernehmen sollte.
Den Deutschnationalen waren die Wohnungen für Arbeiter zu
luxuriös, was braucht der „kleine Mann ein Bad“. Und die Kom-
munisten? Ihnen waren die Wohnungen zu klein. Dabei
haben sie im vergangenen Jahre die Bauvorlage der „Wegag“
gemeinsam mit den Sozialdemokraten abgelehnt, eben weil keine
Kleinwohnungen gebaut werden sollten. Schadet nichts, in diesem
Jahre kommt die Vorlage in erster Linie zwar auch von Ar-
beitervertretern, es sind aber keine Kommunisten, also muß sie
abgelehnt werden. Den Schaden davon hat die werttätige Ver-
einerung. Nachher haben die Kommunisten dann Angst vor
der eigenen Courage bekommen, und sich in der entscheidenden
Stadtverordnetenversammlung der Stimme enthalten, so daß die
Vorlage doch noch mit Mühe und Not angenommen wurde.

Jeder denkende Arbeiter wird sein Urteil fällen. Re-

Dietersweiler.

Am 15. September 1928 verunglückte der Arbeiter und Be-
triebsratsvorsitzende, Kollege Gottfried Eberhardt, be-
schäftigt in der Ziegelei Johann Haas & Söhne in Dieters-
weiler bei Freudenberg, auf einem Ziegeleitransport. Der Un-
fall hat sich dadurch zugezogen, daß der Chauffeur (Sohn des
Arbeitgebers) mit dem Lastauto die Kurve einer Brücke zu kurz
nahm, so daß der Anhängerwagen abrutschte. Eberhardt, der den An-
hängewagen an das Auto wieder anknüpfeln sollte — Herr Haas
blieb inessen ruhig in seinem Auto sitzen — konnte infolge einer
Fälligkeit des Geländes den Anhängerwagen nicht halten, so daß
E. dadurch zwischen die Wagen eingeklemmt wurde und insbeson-
dere schwere Kopfverletzungen davontrug. Wer nun glaubt, daß
die Firma Haas alles tat, um dem Verunglückten sein trauriges
Los zu erleichtern, der irrt sich.

Die Firma hat bis heute noch nicht einmal diesen Unfall an-
gemeldet, sondern verlangt das nach Wochen vom dem Verun-
glückten selbst. Noch weniger hat sich die Firma sonst erkenntlich
gezeigt. Ja, nicht einmal der noch restliche Lohn wurde dem
Verunglückten bzw. dessen Familie zugestellt, sondern mußte
hierzurück erst noch reklamiert werden. Nach langen und bange
vier Wochen erhielt der Verunglückte endlich 30 RM Abschlus-
zahlung; der Rest soll noch folgen.

Wie das Verhalten der Firma dem in ihren Diensten Ver-
unglückten gegenüber weder anständig noch menschlich ist, so ist
auch ihr Verhalten im Betriebe alles andere als arbeiterfreund-
lich. Betriebsrat, Arbeiterorganisationen und vor allem
deren Vertreter sind ihr ebenso verhaßt, wie alle tariflichen Be-
stimmungen. Das nun trotzdem die Arbeiterschaft von ihren
Rechten Gebrauch macht, will denn auch der Firma nicht ein-
leuchten. Herr Haas läßt deshalb auch alle Minen springen, um
die Organisation wieder aus „seinem Betriebe“ zu bringen. Die
Arbeiterschaft jedoch weiß, daß ein Aufgeben der Organisation
die an und für sich schon vorhandene und recht oft erprobene
Billfür ihres Arbeitgebers nur noch mehr steigern würde, und
so sorgt sie mit Hilfe der Organisation dafür, daß die Bäume
des Herrn Haas nicht in den Himmel wachsen.

Freudenlieb.

Es scheint so, als wollte es doch noch einen Herbst geben,
der uns Siegler noch einigermaßen Gutes bringen könnte. Hier
in unserer Gegend war die Konjunktur bislang als gut zu be-
zeichnen. Es konnten nicht genug Steine fabriziert werden. Die
Steine und auch die sonstigen auf den hiesigen Ziegeleien her-
gestellten Waren fanden sehr flotten Absatz. Dadurch ist uns
vorausichtlich die Möglichkeit gegeben, noch einige Wochen voll
beschäftigt zu werden, und so für unsere Familie den Lebens-
unterhalt zu erwerben. Eins haben jedenfalls die hier lebhaften
Ziegler aus Wandersiegler voraus, es ist ihnen möglich, ein
geringfügiges Familienleben zu führen, während von uns Weib
und Kind in weiter Heimat ist. Das ist so des Zieglers Los:
Manches könnte auf den Ziegeleien noch besser sein, wenn alle
Kollegen von der Notwendigkeit der Organisation durchdrungen
wären. Hier im Rahmgebiet sind wir einen guten Schritt vor-
wärtig gekommen. Gelang es doch vor kurzer Zeit, die Belegschaften
der beiden hier noch vorhandenen Betriebe restlos zu orga-
nisieren. Daß es den Ziegeleibesitzern nicht angenehm
ist, wenn die Belegschaften restlos organisiert sind, ist leicht ver-
ständlich. Daher sieht man oft Gesichter, die man nicht jeden
Tag vor sich haben möchte. Aber das darf uns nicht abhalten
für unsere gute Sache einzutreten. So wie wir im Sommer
immer wieder versuchen, für die Organisation neue Mitglieder
zu werben, muß es unsere Pflicht sein, auch in den Winter-
monaten dahin zu streben, alle noch fernstehenden Kollegen dem
Bunde zuzuführen. W. Schilling.

In der Woche vom 4. bis 10. November
ist der 45. Wochenbeitrag fällig.

Inm Feuer die Kauft!

Schmiede waren wir alle, tobende Hammerknecht!
Krahn, Vater und ich,
Keiner von ihnen schlich
sich aus dem verfluchten Geschlechte.
Lanternen Jahr Feuer, Schmiedefeuer, brennen, verbrennen mich!
Drumbinde die Freiheit zur Schande, zu Schmach die heiligen
Mechte!

Tage, Stunden, Minuten des Ausbruchs.
Von Walter G. D. S. Hilewski.

Walter sagte mir, daß die Soldaten draußen an den Fronten
die Nase wirklich voll hätten und nicht mehr mitmachen, daß
etwas in der Luft sei, etwas Brandiges, es rieche schon nach Ge-
witter, fett und blutig, und wenn es herauskommt, und das werde
es allem Anschein nach wohl, wird es böse hergehen. Da sollen
die Hohenzollern schnell ihren Hausrat zusammenpacken, die be-
nachbarten Dynastien auch, die Kerls, die etwas zu befürchten
haben, sollten schnell zum Optifer laufen, um, wenn es mit ihrer
Herrschaft zu Ende wäre, die blauen Brillen parat zu haben, ra-
stieren sollten sie sich, wenn sie mit einem unvorchristlichmäßigen
Wart nach Schweden oder in die Schweiz wollen — Wollen zögen
schon heraus. Lange genug hätte es auch gebauert, sagte er, wir
hätten uns zu Tode geliebt, und das Geschrei der Mütter und
Bräute jerricht einem noch die Ohren. Er wunderte sich über-
haupt, daß die tapferen Jüngens nicht schon früher den Generalen
vorgehalten haben, den Krieg doch allein zu Ende zu führen.
Aber jetzt hätte es ein Ende. Ich sollte man gut aufpassen, das
wird nichts schaden. Hauptsache sei, daß der Wind richtig hin-
schlägt.

So ist es nun auch gekommen. Tags darauf purzelten zwei
Duzend Fürstentronen in den unheimlichen Eimer der Vergan-
genheit, den die Genossen bereitgestellt hatten. Wilhelm der
Zweite verrietete sich einem holländischen Holzhader, um über
die unumkehrliche Tragik seines Lebens hinwegzukommen. Ge-
neralissimus Lubendorff hatte es eilig, fünf Minuten nach dem
Zusammenbruch sich von den Strapazen des Weltkrieges, die nicht
abgestritten werden sollten, im schönen Schweden zu erholen.
Auf den Straßen sang man die Marseillaise. Das Volk
jubelte.

Ich war fetterzeit wohl ein gut ausgewachsenes, aber für
meine 19 Jahre schon etwas lang geratenes Büschchen, von einer
maßlosen Gefühlsregung, mit einem unproportionierten, zerhanenen
Specktopf auf den Schultern, ein wenig aufgedunsen von den
Hohlröhren — Gott hab sie selig. Ich sperrte Mund und
Nase auf, als mich mein Vater auf die kommende Revolution
aufmerksam machte, und mir in seiner ungelassenen Art die Mög-
lichkeit und Notwendigkeit einer republikanischen Staatsform,
die uns nun sicher sein würde, begreiflich zu machen versuchte.
Daß ich auf den Kopf gefallen bin, kann man wohl schwerlich
sagen, so hatte ich es bald weg, worauf es ankam. Aber ich
schielte doch noch etwas ungläubig und vor allem maßlos ver-
wundert in die nach-tretende Geschichte, mit hochgezogenen
Wohlen und den Kopf voll Blut, Blut. So, wie man sich auch
körperlich ein wenig einzieht, um sich zu vertriehen, in eine
Höhle, und nur den Kopf rausstreckt, und schnuppert, wie der
Wind geht.

Schön, Republik. Der Kaiser Wilhelm, der Großherzog von
Baden, König August, der schärfste, all die sollen nun weg. Die
haben Geld gehabt und Schloßler und konnten sich gut anziehen
und versuchten, die Kriegsfrente weit hinten durch kräftige „Vor-
wärts, Kameraden!“ moralisch zu stärken. Da war es schon recht,
wenn man die hinausdrückt und das Reich dem Volke gab, das
darin arbeitete und Schweig und Blut dafür hergab. Ist es doch
auch vergnüglich, den Kronprinz von Vorpommern nunmehr mit Herrn
Bittelbacher anreden zu dürfen, und in den Geschichtsstunden
konnten wir uns nun auf eine Sensation gefasst machen. Da
muß es doch brunter und drüber gehen. Republik? Was war
das nun eigentlich? Regieren da nun alle? Das wäre schön,
wenn Vater, der täglich 100 Zentner Stüchgut abrollte und seiner
Düse gut war, etwas mitzubestimmen hätte. Das wäre schon
ganz in der Ordnung, sagte ich mir.

Meine dreißig Stück „Volksanzeiger“, die ich alltäglich,
morgens und abends, anzutragen hatte, unterm Arm geklemmt,
türnte ich die Straße hinunter. Die Leute taten alle sehr auf-
geregt, und an den Ecken und auf den freien Plätzen sammelten
sie sich, einer schrie was in sie hinein, suchte wild mit den
Händen, und dann schrien sie auch. Einer wußte es immer besser
wie der andere, sie prusteten sich das Gesicht voll, es waren über-
haupt alles fürchtbar gezeichnet Leute.

Komisch, ich mußte immer lachen.
Auf den dunklen Treppenaufgängen, die nur durch wenige
ramponierte, trübselige Gaslampen notwendig beleuchtet waren,
sah ich kloppenden Herzens den „Volksanzeiger“. Darin hielten
sie noch auf der ersten Seite, und der Herr, der sich fast in jedem
Beitraglein beim Oberhäupten Kriegsherrn untertänigst entschuldigte,
daß er nur der geistigen Kriegsvorbereitung des deutschen
Volkes und der moralischen Stärkung ihres Rückgrates Arbeit
und Vertrauen opfern konnte, bedauerte die miese und verbroche-
rliche Stimmung an den Fronten, und empfahl seinen hochwohl-
geblichen Lesern im Vertrauen auf Gott, Kaiser und der
Rüstungsindustrie in einem fädeltrassenden Deutsch das weitere
Siegen. Danke! Der Mann konnte es gut fagen.

Aber, das war's nicht. Da mußte noch etwas anderes stehen.
Ja, hier meldete man den bevorstehenden Waffenstillstand.
— Die Mitglieder der Vaterlandspartei brüllten und klapperic:
mit den Eiben. Das Volk atmete auf und das Drumter und
Drüber begann.
Bruder Hans wird heimkommen! Ich froh, und viele Tränen
liefen mir das Gesicht ab. Nun war es warm auf den Treppen.
Am Morgen des 9. November kamen die Klassenlehrer auf-
geregt aus dem Konferenzzimmer gelassen. Der dicke Pompe
gestülkerte wild mit den Armen, und rebete wie ein Waschweib
aber mit nicht zu sorgender Eindringlichkeit auf unseren Ordina-
rius Heinrich ein. Der machte ein Gesicht wie ein aufgef-
schwemmter Nonnaluchen. Die Augen von Pompe rannten auf
und ab. Ich und Heinrich wieder in Verwahrung nahm. Be-
mäßige er sich nicht, trampft ein steifes Gesicht zu machen.
Nervös suchte die Oberlippe, die berriet doch das ganze Theater.
Draußen auf der Straße ging es laut zu. Man rief was. Man
schien zu toben. Reitungsverläufer brüllten die Extrablätter
aus: „Kriegsbeide!“ „Revolution!“ — „Der Kaiser muß ab-
danken!“ Das Herz schlug uns fast gegen die Zähne, wir rutschten
an unternen Wänden hin und her, und ohne etwas zu sagen, fragen
oder ans Fenster springen zu dürfen, wurden wir zu einem un-
behändigen Gefühls, einem glühenden Klumpen Mäße, dessen heißer
Heim Lehrer Heinrich entgegenkühlte und ihn angriß.

„Ruhe“, „Stillstehen“, das war die einzige Abwehr, die ihn
in dem Augenblick pädagogischer Unfähigkeit retten sollte. Er
war bei Gott kein „Sozi“, ein starrer Heimkrieger, seine Rehl-
kopfburra nach einer Siegesmeldung knollten kernig dem schmie-
rigen Steinbrud Wiemards entgegen.
Obwohl wir uns noch keine rechte Vorstellung von der zeit-
geschichtlichen Bedeutung der uns damals bewegenden Situation
machen konnten, waren wir wie in Lava gelocht, zum Versten neu-
gierig, und die wenigen Worte der Aufreiter, die uns von der
Straße heraus in die Ohren floßen, betäubten unsere jugendlichen
Sinn mit der süßen Wusch der Verwunderung. „Revolution“,
das war für uns Knaben noch etwas Unfassbares, das sich in
Ders und Hirn einschmeichelte. Schön war es, dieses Wort sin-
gend in den Ohren zu haben. Da tanzte etwas Helles in unseren
Augen und hegeisterzte uns maßlos, und hob uns aus den Bänken,
darin wir nicht mehr sitzen konnten, in all der Unruhe, die in den
Nebeln lag.

Gott sei Dank, das Glodenzeichen der zweiten Pause kam
dem Heinrich entgegen, der sah zu explodieren unter der
lächerlichen Maske, die er für uns angelegt hatte. Uns wäre es
dann bbi gegangen. Mit ungeheurem Krach sprangen wir nun
auf und erlösten unsere Leiber von dem zwangvollen Krampf
jener Stunde. Ein unüberbrückliches Gewirr von 36 Stimmen,
die durcheinander purzelten, durcheinander schlugen, hielt der
Raum. Ich stand einen Augenblick allein und hörte der Wie-
derholung der Worte meines Vaters nach: „Revolution“, „Re-
publik“, ja, und dann sprang ich auf das Katheder, rief die Jun-
gens an — langsam berebete das Durcheinander — und hielt eine
aufreizende und furiose Rede. Es ist nicht zu leugnen, daß die
Volabeln und überhaupt die ganze knabenhafte Intensität Schil-
lers „Räuber“ entnommen waren, das einzige Stück Dichtung,
das uns Burschen aus der Oberklasse begeisterte und gegen den

Die Republik.

Von heute an — die Republik! —
Zwei Lager nur auf Erden:
Die Freien mit dem kühnen Blick,
Die Sklaven, um den Hals den Strick!
Sei's! Was's entschieden werden!
Die Republik, die Republik!
Vive la République!

Sonst aber — hoch die Republik! —
Kein Kriegen mehr und Spalten.
Nur fester Bund zu Lieb und Glück!
Nur Vrederschaft — die Republik
Und menschlich schön Entfalten!
Die Republik, die Republik!
Vive la République!

Die Republik, die Republik!
Wohlan denn, Rhein und Elbe!
Donau, wohlen — die Republik!
Die Skizzen hoch, hoch das Genick!
Gur Selbstschrei daselbe:
Die Republik, die Republik!
Vive la République! Freiligrath.

Himmel hob. Meine Ansprache wird sicherlich ein ungeheurer
Waldsturm gewesen sein, das macht nichts, der Anloß und das Ge-
fühl waren ead und notwendig. Bei den letzten Sätzen brüllte
ich schon wie ein Gekrücker. Das Geschrei meiner eigenen Worte
stie mir in den Schädel und besoff mich.
Mit dem Knüpser plagte dann Heinrich zwischen uns und
setzte uns wieder in die Hände. Ich bekam ein Duzend mörberisch
gegen die Baden, daß ich nichts darauf auf dem Bauch liegen
mußte. Dagegen waren wir noch machtlos. Und dann mußten
wir einen Luftschreiben: „Deutschland über alles.“
Ich kam über den ersten Satz nicht hinaus und streikte.
Auf dem Abort las ich dann zum ersten Male eine zerfetzte
Brotschüre, die meine Ansprache an die Jugend bestätigte. Es
war das „Kommunistische Manifest“. Ich verstand nicht alles,
was darin stand, nein, aber ein anderer Himmel stand in mir,
ein Segel, wie nie zuvor.
Auf der Straße nahm mich ein Zug fuhrender Arbeiter in
seine Arme; das war ein Glück. „Ein Sohn des Volkes will ich
sein...“ Ein Kind des Volkes. Eines, das nun mit will in
den aufströmenden Morgen.
Nur Fahrnen knallten über dem Zug der Marschierenden.
Der Wind schlug hin. Ich hatte gut aufgepaßt, und wir werden
wohl jetzt eine Republik haben.
Vorwärts.

Seit diesen knabenhaften Erlebnissen in der Revolutionszeit,
die nur das vielleicht unbedeutende Spiegelbild eines ersten Auf-
waches und der jugendlichen Auflockerung zum Ausdruck zu
bringen vermögen, ist man nun eingedornet worden in die ehernen
Barrikaden des Sozialismus. Man ist erwachsen, wie das so
heißt, ja, man ist nun ein ebenbürtiger, der Entwicklung unseres
Volkes und der Menschheit verpflichtender Bürger der Republik.
Was in früheren Jahren, in den Oktober- und Novembertagen
einem auftrieb und in das Feuer unsterblicher Gedanken schleu-
derte, ist heute Bewußtsein, Kampf und Arbeit geworden. Die
Technik dieses Kampfes, dieses Bewußtseins, dieser Arbeit, ist
nicht mehr die Technik der französischen Revolution. Wir schreien
uns nicht mehr auf die Barrikaden, auch heute n. A. wo wir uns
erinnern und die Treue halten. Sie sind ein vorpflüchtliches
Requirit, wie die heißen Mäntlungen des Mittelalters, die auch
nicht mehr auf den Leib des Jahrhunderts passen. All das ist
eine verlorene Koese, die uns nicht der Vereinerung einen Schritt
näher bringt. Wir glauben nicht durch eine Handvoll Patronen
Glück und Unsterblichkeit zu erlangen. Es mag vieles verfaunt
worden sein. Wir alle sind schuldig. Aber der Kampf, den wir
täglich führen und führen müssen, ist weniger romantisch; er ist
in seiner Rührerheit und Kleinarbeit heroischer, da er uns
einzwängt in die ehernen Gefühlsfrist unseres Glanbens. Es
kommt, was wir wollen — und es kommt nicht, was uns nur
Spas macht und nur ein Sport ist. Den Staat erobern, das
was noch stinkt und fäul und überflüssig in ihm ist, enträumen
und alles Krankhafte, Unsaubere, Häßliche hinauswerfen, das
ist eine Aufgabe. Wir müssen diesen Staat lieben, weil wir ihn
gewollt haben, wir müssen uns ihm eine Wohnstatt machen, darin
wir und unsere Kinder frei und glücklich leben können.

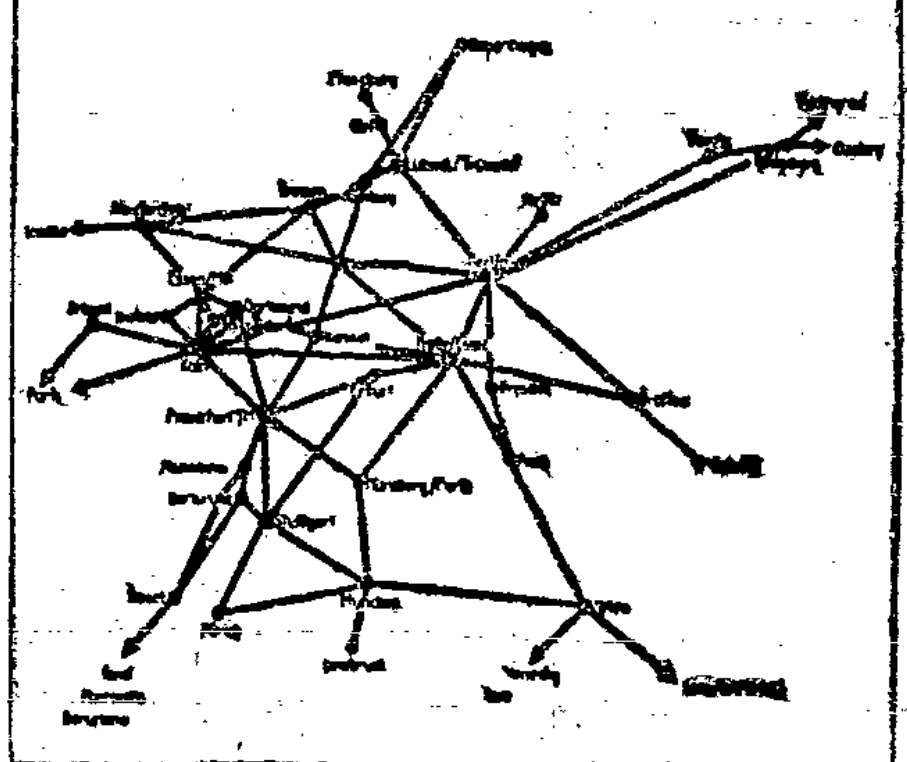
Die den Krieg wollen? Der Völkerverbund müge einen Natur-
schutzpark ausstobeln und ihn denen zur Verfügung stellen, die
sich durchaus nicht vertragen können und die Krieg und sich
weiterhin zu bekriegen. Da sollen dann der Staheln und die
Action française und all die anderen internationalen Front-
soldatenorganisationen, die nicht genug haben, aufeinander los-
gehen dürfen, bis sie weniger sind; mögen die sich kaputtbeißen,
solange sie Spas daran haben. Wir wollen einmal jubeln.
Wir wollen bei uns zu Hause erst einmal aufräumen, die
Zukunft will uns. Niemanden darf es geben, der schlaup nach
und nicht die Parre vorwärtsdrückt, damit wir dem Ziel näher
kommen. Fahrnen sinnen über uns, heute und immerdar, und
Millionen sind uns zugetan. Das noch nicht erreicht ist, das

freie Spiel unserer Kinder, Wohlstand, Kraft und Gesundheit
der Arbeitenden, Friede und Heimat, das müssen wir wollen.
Lämpfend, eine reue Kameradschaft der Leiber, nun versprecht
mir das, Genossen, und der Himmel wird sich über uns glanz-
erfüllt auflun, und wir werden Sterne sehen und Musik im-
tauscht uns, und die sich für uns opfert und starben, werden
un lächelnd grüßen.

Entwicklung und Zukunft der deutschen Luftfahrt.

Burzeit ist in Berlin eine äußerst interessante Ausstellung
über die internationale Luftschiffahrt (ZLL) zu sehen. Vor
19 Jahren fand zum ersten Male eine internationale Ausstellung
über das Luftfahrtwesen in Frankfurt (Main) statt. Wurde die
damalige Ausstellung als etwas Großes bewundert, so ist sie
aber kaum mit dem zu vergleichen, was gegenwärtig in den Aus-
stellungenhallen in Berlin gezeigt wird. Gewaltige Entwicklun-
gen, die namentlich durch den Krieg gefördert wurden, sind in
einer Gegenüberstellung der beiden Ausstellungen erkennbar.
Zu der gleichen Zeit fährt ein neuer Juppelin nach Amerika.
Eine ganze Industrie ist mit der Luftfahrt entstanden. Und
doch hat man das Gefühl, daß auch an den heutigen Resultaten
erst Anfänge des Luftverkehrs gezeigt werden.
Hier soll nicht die äußerst interessante Ausstellung beschrie-
ben, sondern einziges über die deutsche Luftfahrt, und zwar die
Deutsche Luft-Hansa AG., gesagt werden. Im Jahre
1926 wurden die zwei bestehenden Gesellschaften Deutsche Aero-
loyd und Junkers Luft-Verkehrs AG. zu einem Unternehmen.
Deutsche Luft-Hansa AG., zusammengeschlossen. Dadurch wurde
eine einheitliche Stelle zur Förderung der deutschen Luftfahrt
geschaffen. Die Deutsche Luft-Hansa AG. hat sich in der kurzen
Zeit ihres Bestehens gut entwickelt. Das geht aus nachstehenden
Angaben deutlich hervor: Im Jahre 1928 werden etwa 100 in-
und ausländische Dinten befliegen. Die tägliche Flugleistung be-
trägt ungefähr 60 000 Kilometer. Im ersten Halbjahr 1928
wurden insgesamt 4 776 729 Kilometer zurückgelegt und im
übrigen folgende Besordrungsergebnisse erzielt: 46 281 Passa-
giere, 357 522 Kilogramm Gepäck, 471 984 Kilogramm Fracht,
185 064 Posten Zeitungen. Das sind Ergebnisse, die sich wohl
sehen lassen können und die zeigen, wie rasch dieses moderne
Verkehrsmittel Eingang gefunden hat. Wir verweisen im Ab-
rugen auf das beigegebene Schaubild.
Der Flughafen in Berlin-Tempelhof ist
nach Meinung ausländischer Sachverständigen zu dem besten
der Welt. Alle modernen Errungenschaften auf diesem Gebiete
wurden beim Bau dieses Flughafens berücksichtigt. Die geo-
graphische Lage Deutschlands weist unferer Heimat einen be-
sonderen Platz im internationalen Luftverkehr zu. Deutschland
wird nach einem geklärgelten Wort zum Luftzug Euro-
pas werden. Diese Stellung zwingt dazu, dem Luftfahrtwesen
große Beachtung zu schenken. Die Internationale Luftfahrt-
Ausstellung ist dazu besonders geeignet. Der Flugverkehr ist
zurzeit noch nicht rentabel. Die Luft-Hansa AG. bekommt öffent-
liche Zuschüsse. Das ist natürlich ein Zustand, der nur für eine
Übergangszeit in Frage kommen kann. Seitens der Luftfahrt-
Industrie und der Luft-Hansa muß der Verlust gemacht werden,
die Luftfahrt wirtschaftlich zu gestalten. Die Luftfahrt-Industrie
muß in ihren Preisen soweit herabgehen, daß die Luftfahrt-Gesell-
schaften den Flugverkehr so billig gestalten können, daß er sich
selbst zu tragen vermag. Auch die Fluggesellschaften müssen so
billig als möglich sein. Je billiger der Verkehr ist, je mehr
nimmt er zu. Auch den Münderbewittelten mühte nach unserer
Meinung Gelegenheit geboten werden, die Luftfahrt in An-
spruch nehmen zu können. Die Fahrpreise liegen heute un-
gefähr zwischen dem Eisenbahnfahrpreis der ersten und zweiten
Klasse. Dadurch ergeben sich Summen, die nur noch verhältnis-
mäßig wenigen Leuten aufgebracht werden können. Der Ver-
kehr würde in kurzer Zeit gewaltig zunehmen, wenn die Luft-
fahrpreise auf ein erträgliches Maß herabgesetzt würden.

Streckennetz der Deutschen Luft Hansa A.G. Winter 1928/29



Sehr gute Erfolge sind in der Zusammenarbeit
zwischen der Eisenbahn und der Luftschiffahrt
erzielt worden. Die kombinierten Transporte zwischen Eisenbahn
und Luftfahrzeug nennt man den sogenannten „Kombiverkehr“.
Schnellere und Passagiere werden durch Flugzeuge an die Eisenbahn her-
angebracht oder von Eisenbahnstationen weiter befördert.
Es ist dazu nur die Anstellung eines Frachtbriefes oder
einer Fahrkarte erforderlich. Diese günstige Zusammenarbeit
zwischen Eisenbahn und Flugzeug in Deutschland hat mittlerweile
auch in anderen Ländern, so in Belgien, Schweden und der
Schweiz Nachahmung gefunden.

Eine gleiche Zusammenarbeit läßt sich zwischen
der Seeschiffahrt und der Luftfahrt erreichen. Der
Norddeutsche Lloyd hat bereits einen Flugzug-Dampfer-Verkehr
dienst (Fluda-Verkehr) eingerichtet. Nach Fertigstellung der bei-
den neuen Driesendampfer „Bremer“ und „Europa“ soll dieser
Fluda-Verkehr weiter ausgebaut werden. Schon heute werden
bei der Anfahrt des großen Vordampfers „Columbus“ ein Teil
der Passagiere direkt per Luftweg nach dem Innern des Landes
befördert. Dadurch wird die Reisebauer wesentlich verbüfert.
So ergeben sich Verkehrsmöglichkeiten, die ein neues Zeitalter
im Transport von Menschen, Postfachen und zum Teil auch
Waren einleiten.
Die Luftfahrt ist etwas Angenehmes, wie wir kürzlich bei
einem Rundflug über Berlin feststellen konnten. Bequem in
einem Sessel sitzend, kann man in einigen Stunden große
Strecken durchreisen. Die Entfernungen haben ihre Schwere
verloren und spielen kaum noch eine große Rolle. Erfindungs-
geist und Technik eroberter und meisterten stets in der Ge-
schichte die kleine und doch so weite Welt. So war es bisher
und wird es auch weiterhin bleiben, zumal die Luftfahrt noch
große Ueberraschungen bringen wird. Wir haben nur einen
Wunsch, daß diese modernen Errungenschaften der Technik auch
der arbeitenden Menschheit zugänglich gemacht werden. Erst
dann kann man von einer Bereicherung der Kultur sprechen.

Cottbus - Senftenberg Generalversammlung.

Die Generalversammlung der Bezirkszahlstelle Cottbus-Senftenberg war am 28. Oktober in Petershain. Es nahmen daran 60 Delegierte bzw. Vertreter der Ortsgruppen, ferner 11 Mitglieder der Ortsverwaltung sowie 1 Gauleiter teil.

Es wurde zunächst der Bericht über den Verbandstag in Hamburg durch den Geschäftsführer, Kollegen Kerstan, gegeben. Alle Punkte, mit welchen sich der Verbandstag zu beschäftigen hatte, wurden von dem Berichterstatter gestreift und die dazu gefassten Beschlüsse bekanntgegeben. Von besonderer Bedeutung auf dem diesmaligen Verbandstag war die Vorlage des Hauptvorstandes auf Einführung der Jubiläumsunterstützung, deren Einführung vom Verbandstag auch beschlossen wurde. Es wurde die Veränderung des neuen Statuts und die Unterstufungsart erwähnt, welche ab 1. Januar 1929 zur Einführung gelangen, und um deren Beachtung ersucht. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Es folgte der Bericht vom Gewerkschaftskongress in Hamburg durch den anwesenden Gauleiter, den Kollegen Kohl, welcher als Delegierter für die Organisation an dieser Tagung teilgenommen hatte. Vom Berichterstatter wurden die wichtigsten Beratungspunkte gestreift, um dann in eingehender Weise auf das auf dem Gewerkschaftskongress gehaltene Referat von Nagel über Wirtschaftsdemokratie einzugehen. Der Berichterstatter verband es, mit diesem Vortrag nebst seinen persönlichen Einwürfen und der eigenen Meinung darüber die Delegierten zu setzen. Dieser von den Delegierten gewonnene Eindruck konnte auch in der Diskussion durch die darin zum Ausdruck gebrachte gegenteilige Meinung des Kollegen Werner aus Habemühl, der zu diesem Referat als P.M.-Mann Stellung nahm, nicht geschwächt werden. Der Berichterstatter nahm in seinem Schlusswort nochmals Gelegenheit, auf die in der Diskussion vorgebrachten Einwände einzugehen und hatte damit den Beifall der Anwesenden zu verdienen.

Es wurde dann der Bericht von der Gaukonferenz und Bezirkskonferenz des DGB durch den Kollegen Fleischhauer gegeben. Die dort gefassten Beschlüsse sowie die Einstellung unserer Delegierten auf diesen Konferenzen wurde gutgeheißen.

Die Generalversammlung nahm sodann Stellung zu den Verhandlungspunkten der vorliegenden Anträge. Die Anträge der Ortsgruppen Grotzsch und Weizow sollen in Zukunft Anwendung finden. Der Antrag der Ortsverwaltung, in der zweiten Hälfte November eine Werbewoche für den Verband in allen Ortsgruppen und Betrieben durchzuführen, fand die Zustimmung der Generalversammlung. Im Vordergrund der Werbetätigkeit soll stehen Veranlagung und Kleinarbeit durch Hausagitation und Agitation in den Betrieben. Es wurde vom Geschäftsführer, Kollegen Kerstan, besonders darauf hingewiesen, daß es Aufgabe aller Werbetätigkeiten und sonstiger tätiger Verbandsmitglieder sei, sich bei dieser Werbearbeit zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollen in drei besonders wichtigen Ortsgruppen, wo zum großen Teil weibliche Arbeitnehmer beschäftigt sind, besondere Frauenversammlungen mit einer weiblichen Referentin stattfinden. Auch diese Anregung wurde von der Generalversammlung gutgeheißen.

Vom Kollegen Kerstan wurde des Weiteren vorgetragen, daß die nächste Gaukonferenz bzw. Zahlstellenleiterkonferenz für den Gau 3 in Cottbus stattfinden soll, und zwar im Frühjahr nächsten Jahres. Die Ortsverwaltung regte an, mit dieser Tagung die Feier des 25-jährigen Bestehens der Bezirkszahlstelle Cottbus-Senftenberg zu verbinden. Die Generalversammlung gab zu dieser letzten Anregung ihre Zustimmung und beauftragte die Ortsverwaltung, ein dementsprechendes Programm für diese Feier aufzustellen. Die Einladungen sowie die Bekanntgabe des Programms wird den Ortsgruppen zugestellt, sobald der Tag der Konferenz feststeht. Es soll die Zahlstellen-Jubiläumfeier am Sonntag stattfinden und die Tagung der Gaukonferenz am Sonntag darauf.

Nachdem bereits vor Eintritt in die Tagesordnung die Generalversammlung beschlossen hatte, eine Ergänzungswahl zur Ortsverwaltung nicht vorzunehmen, sondern die Neuwahl für die gesamte Ortsverwaltung zu vollziehen, wurde nunmehr der Punkt 5 der Tagesordnung erledigt. Entsprechend der vorliegenden Vorschlagsliste wurden nun folgende Kollegen als unmittelbare Mitglieder in die Ortsverwaltung gewählt:

- Wilhelm Brauer, Grotzsch, Richard Hübner, Hoptow, Johann Grunze, Weizow, Bruno Meier, Finsterwalde, Paul Beniger, Annahütte, Paul Wünschel, Drebkau, Max Klüh, Lautawitz, Ernst Krautschid, Spremberg, Oswald Brüll, Hohenboda, Gustav Geh, Calau, Reinhold Mellon, Grotzsch, Erbsammitglieder: Max Fackel, Neuhardenberg, Karl Witte, Hoyerwerba. Außerdem gehören noch zur Ortsverwaltung die vier Angestellten der Bezirkszahlstelle.

Unter dem letzten Punkt: Sonstige Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes, wurden vom Geschäftsführer, dem Kollegen Kerstan, die Aufgaben für die kommende Zeit gestreift und besonders darauf hingewiesen, daß alles getan werden muß, um die noch herrschende Krise für die Organisation zu gewinnen, da uns wirtschaftliche Kämpfe in kurzer Zeit bevorstehen werden, wie dies in anderen Industriezweigen in der letzten Zeit und auch jetzt noch zu beobachten ist. Die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeitnehmer haben immer scharfer ihren Ausdruck bei Aufhebung von Tarifverträgen und den damit verbundenen Verhandlungen. Es ist Pflicht aller Funktionäre und Mitglieder, sich auf Kampf einzustellen. Der Erfolg wird nur gesichert durch reifliche Verbearbeitung.

Die Geschäfts- und Anwesenheitsliste für jedes Quartal geben des Weiteren den Ortsgruppen Gelegenheit, sich davon zu überzeugen. Jede Arbeit in jedem Quartal geklärt worden ist bezugnehmend auf die Kontrolle in die Reihenverhältnisse, wie sich bei der Werbearbeit zeigt. Das Gegenteil hat. Wenn wir uns mit dem bisherigen Erfolg in der Verbandsarbeit und der Weitentwicklung zufrieden sein können, so ist doch noch viel zu tun für die Organisation zu tun übrig. In der Jubiläumsunterstützung die verschiedenen Industriezweigen vertreten sind, werden im Winterhalbjahr besondere Branchen- und Gruppenkonferenzen sich notwendig machen, in welchen Stellung genommen werden soll zu den bevorstehenden Bewegungen. Darüber hinaus sollen besondere Konferenzen der Funktionäre zur weiteren Fortbildung in ihrer Verbandstätigkeit und Schulung veranstaltet werden.

Außerordentliche Revisionen in der Zusammenfassung in den einzelnen Ortsgruppen sollen mehr als bisher durchgeführt werden.

Zur Kontrolle der Bücher und Karten unserer Mitglieder soll am Jahresabschluss in allen Ortsgruppen durchgeführt sein.

Mit diesen Anregungen der Geschäftsstelle und Ortsverwaltung erklärte sich die Generalversammlung einverstanden.

Von den Delegierten wurden dann noch einige Beschlüsse in den einzelnen Betrieben gefasst, welche durch Beantwortung und Ausfertigung ihrer Ortsgruppen gegeben werden.

Mit einem Appell an die anwesenden Delegierten, die Anwesenheitsliste der Generalversammlung insbesondere in der Verbandsarbeit nicht zu erschöpfen und alles zu tun, was die Organisation die besten weiter zu fördern, wurde vom Geschäftsführer, Kollegen Kerstan, die Generalversammlung nachmittags 3 Uhr geschlossen.

Detmold / Zahlstellenkonferenz.

Am 28. Oktober tagte im Volkshaus in Detmold die Zahlstellenkonferenz der Zahlstelle Detmold. Neben den Vorsitzmitgliedern waren 29 Delegierte erschienen. Kollege Rothhaft erstattete Bericht. Er streifte die Versammlungstätigkeit der Angestellten, die besonders gerade in den Wintermonaten wegen der Anwesenheit der Biegler einen großen Umfang annehmen. Bei dem Abschluß der Tarifverträge seien im letzten Frühjahr allerhand Schwierigkeiten zu überwinden gewesen. Von den Arbeitgebern der verschiedenen Industriezweigen angeforderte Verschlechterungen seien auf der ganzen Linie abgewehrt worden. Die Lohnerböschung betrage, je nach den Industrien, 5 bis 8 Pf. die Stunde.

Der Rechtschutz wurde sehr reger in Anspruch genommen. Im ersten Halbjahr wurden durch Klagen an den Arbeitsgerichten 5413 RM eingeklagt und den Kollegen ausgezahlt. 32 Vertretungen an Miet- und Pachteinigungsämtern wurden im Interesse der Kollegen wahrgenommen. Außerdem 9 Vertretungen an den Obergerichtsstellen. Hinzu kommen zahlreiche Vertretungen vor den Spruchkammern der Arbeitsämter und anderen gesetzlichen Körperschaften. Der finanzielle Erfolg aus diesen Vertretungen ist nicht genau festzustellen, dürfte aber ebenfalls sehr beträchtlich sein.

Der Martensumsatz betrug im ersten Halbjahr 1928 26 301 Reichsmark. An Kranken-, Arbeitslosen-, Umzugs- und Sterbegeldunterstützungen wurden gezahlt 16 605 RM. Davon allein 16 236 RM auf Erwerbslosenunterstützung. Von diesem Betrag fallen auf das erste Vierteljahr 1928 15 588 RM. Das Vermögen der Sparkasse betrug am Beginn des Jahres 1928 1928 RM und am Ende des Jahres 3034 RM. An Schreibmaschinenschreibern wurden angefertigt Briefe, Eingaben und Postkarten 1600. Hinzu kommen noch Zeitungsverlag, Drucksachen, Rundschreiben. An Porto wurden über 600 Reichsmark ausgegeben.

In der Aussprache wurde die Tätigkeit der Zahlstellenleitung anerkannt und dem Wunsche Ausdruck gegeben, auf dem beschrittenen Wege weiter zu arbeiten.

Bei Punkt 2 der Tagesordnung machte der Kollege Rothhaft folgende Ausführungen: Bei der Rückkehr der Biegler sehr eine erhöhte Versammlungstätigkeit ein, die, weil der Kollege Vinne diesen Winter nicht anwesend ist, ohne Einspannung anderer Funktionäre nicht bewältigt werden kann. In den nächsten Monaten mühten ungefähr 130 Versammlungen abgehalten werden. Diese Versammlungstätigkeit würde durch die im Januar stattfindenden Wahlen zum Lipptischen Landtag beeinträchtigt. Hinzu kämen einige Konferenzen und die Abhaltung der Landeskongressen. Da der Erfolg dieser Winteragitation zu einem erheblichen Teil den auswärtigen Zahlstellen zugute komme, so sei entsprechend dem Vorstandesbeschluss der Hauptvorstand zu ersuchen, zu diesen Unkosten einen entsprechenden Zuschuß zu zahlen. Im letzten Winter und auch in diesem Winter würden Bieglerkollegen zu Kursen in der Verbandschule in Wennigien herangezogen. Außerdem würde in diesem Winter ein Schulungskurs für unsere Funktionäre in Detmold stattfinden. Im Januar würde in einigen größeren Orten der Film: „Die Weber“ gezeigt werden. Hinzu käme, daß mehrere Kollegen in Lippe mit der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung betraut würden, damit auch diese Arbeit schneller erledigt werden könne. Sämtliche Vertrauensleute würden in diesem Winter angewiesen, in den einzelnen Ortschaften die Mitgliedsbücher einzusammeln, und in die überlieferten Formulare die Martenszahl, erhaltene Unterstützungen und die Personalien einzutragen. Würde diese Arbeit von den Kollegen gewissenhaft ausgeführt, so sei es nicht mehr notwendig, sämtliche Bücher nach Detmold zum Büro zu senden, damit die Marten in die Kartei eingetragen werden, sondern geschieht dies dann auf Grund der Berichtformulare.

Die Delegierten billigten die Richtlinien für die Winteragitation.

Unter Verschiedenes wurde noch beschlossen, daß die Mitglieder möglichst pro Jahr eine Reichsmark für den Erwerb des Volkshauses in Detmold zu zahlen haben. Jugendliche unter 16 Jahren und weibliche Mitglieder dagegen nur 50 Pf. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß sich dieser Pflicht kein Mitglied entziehen möge.

Nachdem noch verschiedene Anfragen beantwortet waren, wurde die Konferenz nach mehrstündiger Dauer mit einem warmen Appell an die Anwesenden geschlossen.

Jugendkonferenz in Mannheim.

Am 21. Oktober tagte in Mannheim eine Jugendkonferenz für den Gau 12. Nicht alle Zahlstellen waren in der Lage, Jugendliche zu entsenden. Immerhin war ein kleiner Kreis jugendlicher Beisammen, die den Worten des Kollegen Segerer (Hannover) über das Thema „Zweck und Ziel der gewerkschaftlichen Jugendbewegung“ aufmerksam folgten. Kollege Segerer ging in seinem Referat auf die Entwicklung der Jugendbewegung im allgemeinen ein und brachte zum Ausdruck, daß besonders in der Nachkriegszeit ein Aufschwung in der Gewerkschaftsjugendbewegung zu verzeichnen sei. Er führte u. a. aus, daß die Arbeitgeber die Jugendlichen nicht als vollwertig betrachten und bestrebt sind, keinerlei Verbesserungen in bezug auf Jugendlohn und Freizeit den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zu gewähren. Demgegenüber müssen die Gewerkschaften sich einsetzen für Durchführung des Jugendlohngesetzes. Bis jetzt wurde auf diesem Gebiete schon viel erreicht, aber immerhin stehen noch große Aufgaben bevor, deren Durchführung nur möglich ist durch eine starke gewerkschaftliche Organisation und nicht zuletzt auch dadurch, daß die Jugendlichen in den Gewerkschaften miterfasst werden. Leider bestehen auch oft Mißbilligkeiten zwischen jüngeren und älteren Arbeitern, da letztere die Jugend nicht immer mit ihren Wünschen und Bestrebungen verstehen können und wollen. Die Not der Arbeiterklasse laßt besonders auf die Jugend eingewirkt. In dieser materiellen Notlage kommt hinzu, daß in diesem Entwicklungsjahre oft finanzielle Not, welche durch die Verhältnisse der Privatkapitalisten noch verschärft wird.

Es geht nun die Tätigkeit der Gewerkschaften für die Jugendlichen ein. Durch Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit schaffen sie mehr Freizeit zur Erholung und Stärkung des jugendlichen Körpers, ebenso durch Forderung von Ferien und besserer Bildungsmöglichkeit. Unser Verband hat in der Zukunft weit größere Schwierigkeiten als die Berufsverbände, trotzdem haben auch wir gute Erfolge auf diesem Gebiete zu verzeichnen. Besonders die zahlenmäßige Stärke unseres Verbandes verleiht den Jugendlichen die günstigste Interessendurchsetzung. Der Jugend anderer Industrie erwacht die Aufgabe, sich selbst zu organisieren, um sich gegen Ausbeutung zu schützen und später das Wort der älteren Kollegen weiterzuführen.

Hierauf ergriff Kollege Gauleiter Kern das Wort und gab Anregungen zum Ausbau der Jugendgruppen innerhalb des Gaus 12 als auch in den einzelnen Zahlstellen. Aus seinen Ausführungen ist zu entnehmen:

Die allgemeinen Versammlungen sind in der Regel für die Jugendlichen nicht geeignet, weil sie bei dort behandelten Fragen nicht folgen können, sich dadurch langweilen und für die Zukunft den Vertrauensverlust erleiden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der besonderen Zusammenfassung der Jugendlichen in Diskussionsabenden, Vorträgen usw. Hierbei muß sich die Jugend ihre Führer selbst bestimmen und sich gegenseitig zur Organisation anhalten. Diese Jugendführer werden dann zu ernennen, um in gemeinschaftlicher Arbeit mit der Ortsverwaltung der Zahlstelle und der Zahlstellenleitung besondere Jugendfragen zu behandeln.

In der Diskussion sprachen die Kollegen Engelhardt, Meyer und Derringer, welche zu den Einzelheiten der beiden Vorträge Stellung nahmen und ihre Meinung über den Aufbau einer Jugendorganisation innerhalb des Gaus äußerten.

Die mit Spannung angehörten Vorträge der Referenten haben sicherlich Erfolg gebracht, so daß in bezug auf Aufbau und Ausbau einer Jugendorganisation weitere Erfolgsmöglichkeiten gegeben sind.

Jena, Jubiläumsfeier.

Am 27. Oktober hielt die Zahlstelle Jena unseres Verbandes ihre Jubiläumsfeier im Gewerkschaftshaus ab. Umrahmt war diese durch Gesangsvorträge des Jenaer Volkshausorchesters und die Mitwirkung der verstärkten Hauskapelle. Für die 35 Jubiläre mit 25- bis 38-jähriger Verbandszugehörigkeit und für alle Teilnehmer hatte diese Feier einen besonders erhebenden Charakter, da bereits eine Reihe auswärtige Delegierte, Mitglieder des Hauptvorstandes und des Bundesvorstandes und der Gauleitungen - zur Zahlstellenleiterkonferenz am 28. 10. - eingetroffen waren und teilnahmen.

Der Geschäftsführer Koll. Schubert ließ alle Erschienenen herzlich willkommen heißen. Die Festansprache an die Teilnehmer hielt unser Verbandsvorsitzende Koll. Thiemig-Hannover. Im Geiste wurden wir zurückgeführt in die Zeit vor ca. 40 Jahren mit ihrem Opferrmut, ihrer Treue und Eingebung der Kollegen an das Ganze. Rückblick und Ausblick, Ziel und Weg unserer Bewegung, getragen von tiefem Wissen, daneben gut gewählte Worte des Dankes und der Anerkennung an die Jubilare brachte Kollege Thiemig vor, er fand damit allgemeine Zustimmung.

Für den Keramischen Bund sprach Kollege Grunzel in kernigen Worten, und am Schluss richtete er einen Aufruf an die Jungen, den Jubilaren nachzuahmen.

Am Schluß fand die Verteilung der Ehrenurkunden statt. Eine stattliche Kunstmappe mit einem Gedenkblatt wurde jedem Jubilar überreicht und dabei wurden nochmals die besten Wünsche an die Jubilare übermietet.

Für die Jubilare dankte Kollege Heintz mit dem Gedächtnis, aus dem heutigen Abend neuen Mut und neue Kraft zu schöpfen für die kommenden Aufgaben. Ein anschließender Ball hielt die Mitglieder bis nach Mitternacht in bester Stimmung zusammen.

Dresden.

Die Kosten der beiden Agitationsleiter sind besetzt. Gewählt wurden die Kollegen Richard Bimmermann, Freital, und Josef Bauer, Dresden. Allen Bewerbern besten Dank! Die Zahlstellenleitung.

Literarisches.

Die Spitzkonzerte, kommunistische Kampfmethoden. Eine kleine Materialsammlung aus der kommunistischen Jugendzentrale. Herausgegeben vom Hauptvorstand des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands, Arbeiterbund-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8.

Die Störungen der Kommunisten bei der Jugenddemonstration zum Gewerkschaftskongress in Hamburg lehrten wieder einmal das Augenmerk auf das schädliche Treiben unverantwortlicher Elemente innerhalb der Arbeiterbewegung. Wer einen Einblick in die Tätigkeit der aragendenden Stellen für die Bekämpfung der Arbeiter untereinander tun will, lese diese Broschüre. Aus ihr geht hervor, daß man sich nicht wundern braucht, wenn Messer, Schlangen, Lüge und Verleumdung die Hauptwaffen der sozialistischen Roadwayt sind, die in Hamburg für die „Einheitsfront des Proletariats gewirkt haben“. Das Heftchen gibt Aufschluß, wie die Spitze der kommunistischen Partei in der sozialistischen Arbeiterjugend zu wirken hatten und welche Behandlung ihnen für den Achtgroschendienst zuteil wurde.

Ernst Reinhard: Arbeiterbewegung und Arbeiterkampf. Umfang 48 Seiten. Groszkart. Jungsozialistische Schriftenreihe, Prok. 0,85 RM. E. Laube'sche Verlagbuchhandlung, O. M. B. H., Berlin W. 30.

Die letzte Marine-Abrüstungskonferenz des Völkerbundes in Osnabrück resultierte in einer Auseinandersetzung, hat erneut die Frage aufgeworfen, ob in der kapitalistischen Welt die Abrüstung überhaupt möglich ist. Reinhard, der Führer der schweizerischen Sozialdemokratie, beantwortet sie mit einem klaren „Nein“ und begründet es mit dem privatwirtschaftlichen Antrieb jeder Politik, die niemals Sache moralischen Willens, sondern immer nur Angelegenheit materieller Erwägungen auf materielle Grundlagen sein kann, solange der Profit Zweck menschlicher Wirtschaft bleibt. Die Umsetzungen der amerikanischen und englischen Industrie, die in einen erbitterten Kampf um das Dazwischen gerieten worden sind, wobei sich der riesige nordamerikanische Wirtschaftsorganismus als der stärkere erwies, bilden in den präzisen Angaben ihres statistischen Anteils am Weltwohlstand den Hintergrund der Darstellung. Die nordamerikanischen Eisen- und Stahlindustrie in ihrer gewaltigen Entwicklung braucht immer größere Absatzgebiete, da sich der einheimische Markt der Sättigung genähert. Die englische Eisen- und Stahlindustrie muß nicht nur den Kampf um die im Weltkrieg verlorengegangenen Absatzgebiete aufnehmen, sondern hat wegen ihrer technischen Rückständigkeit auch den Kampf um den heimischen Markt und den des britischen Imperiums. Überhaupt zeigen die Vereinigten Staaten zu führen. In ihrem Rücken aber, als lachender Dritter, reißt Japan den gewaltigen ostasiatischen Markt immer mehr an sich und bleibt in steter Rückgang des Augenblicks wartend, da als natürliche Ende des britisch-nordamerikanischen Kampfes um den Absatz am Weltmarkt seine Hilfe für den einen oder anderen Gegner wertvoll geworden ist. Mit romanhafter Spannung weiß Reinhard diese zeitgeschichtlichen Wirtschaftstendenzen in ihrem Widerspiel mit der tragischen Verkettung ihrer Interessen in der Waage der Gewalt zu verlebendigen, die letzten Endes zerstören soll, damit Raum für neue Produktion und Profit geschaffen werde. Und einleuchtend ergibt sich selbst Schluß, daß alle Demokratie keine Sicherung gegen den Krieg bedeutet, solange das Volk nicht die wirtschaftliche Herrschaft privater Interessen gebrochen und Wirtschaft und Staat zugleich in seine Gewalt gebracht hat. Literaturnachweise erleichtern das Studium der angeschnittenen Probleme.

Arbeitsmarkt.

Die Glasfabrik Weiskammer G. m. b. H. benötigt noch eine größere Anzahl Bürschen im Alter von 14 bis 16 Jahren als Einträger oder Ablöcher. Lohn 1,85 RM brutto pro Woche, wovon 9 RM pro Woche für Kost und Logis abgezogen wird. Nach Abzug der Kranken- und Jubiläumsbeiträge verbleibt eine Nettoauszahlung von 7,61 RM pro Woche. Unterbringung erfolgt in Privatquartieren. Die Firma zahlt 3,25 RM pro Woche für die Quartiere zu. Waschen der Wäsche und kleinere Reparaturen werden durch die Quartierwirte übernommen. Angebote an Arbeitsnachweis für die Glasindustrie Weiskammer (G.L.), Mühlenterr. 6. (497) 2-3 komplette Werkstellen auf Medizin- und Alkalonglas sind zu besetzen. Vorbedingung: ledig. Für guten Lohn wird garantiert. Arbeitsnachweis Teitau (Oberfranken), Christian Müller, Langenaub., Bezirk Leuznau. (498)

Suche für sofort zwei tüchtige Glasbleisegerassen für Bleiglas-Tischgläser (nur gute Arbeit). Kost und Logis vorhanden. Meldungen sind zu richten an Glasbleiseger Josef Böhmel, Bieberdorf, Rost Reinerz (Schlef.).

Ein Abholer für Bleikristall gesucht. Arbeitsangebote sind zu richten an Josef Bauer, Dresden-U., Schützenplatz 20. Optischer Spiegel- und Farbgl.-Las-Schmelzer sucht sich zu verändern. Angebote unter „F. 185“ an den „A. B.“ erwünscht.

Tüchtiger, verheirateter Selenmacher, der auch versteht, eine Selenkugel einzurichten, sucht Stellung. Ansuchen unter „F. 186“ an den „A. B.“ erbeten.

Verfester Mobellrechner, ledig, in allen vorstehenden Arbeiten erfahren, sucht Stellung. Angeb. an „Keramischen Bund“, Berlin-Charlottenburg 1, unter „F. 187“ erwünscht.

Ein lediger Metallglasmacher sucht sich zu verändern, sofort oder später. Arbeit auch als Kompanist. Zuschriften an die Zahlstelle der Fabrikarbeiter, Deggendorf, erwünscht.

Ein tüchtiger Weiskammerglasmacher für sämtliche Glassachen auf Kristall- und Bleiglas, auszubilden und anzuweihen, sowie sehr gut eingearbeitet auf alle Außenübungs-Arbeiten, sucht Stellung. Angebote unter „F. 188“ an die Redaktion dieser Blattes.